

# Vorwärts

ersch. täglich außer Montags.  
Preis vierteljährlich 1,50 Mark, monatlich 50 Pf., wöchentlich 20 Pf. frei  
in Post. Einzelne Nummer  
10 Pf. Sonntags-Nummer mit  
Illustr. 15 Pf. Postabonnent:  
1.00 pro Quartal. Unter Kreuz:  
Deutschland u. Oesterreich  
1.00, für das übrige  
Land 1.20. Post. Monat. Einzeln.  
in der Post-Verwaltung. Preisliste  
für 1892 unter Nr. 4022.

Insertions-Gebühr beträgt für die  
einzelnen Zeilen 10 Pf., für Fortsetzungen  
5 Pf., für Anzeigen 20 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in  
der Expedition abgegeben werden.  
Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-  
und Festtagen bis 9 Uhr Mor-  
nits tags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur  
Ant. I. Nr. 4196.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 16. Dezember 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Arbeiterentlassungen.

Geht ein geschichtliches Zeitalter zu Rüste, so mehren sich die Zeichen des Niedergangs. Dampf grollend verdrängen unheilbeladene Stürme, daß das große Wetter im Anzuge sei, welches die Grundvesten der zerrütteten Ordnung niederwerfen wird.  
Von Tag zu Tag werden die Anzeichen der heranwachsenden Krisis greifbarer, eindringlicher, ungestümer. Unterdessen verschließen die Thoren sich mit aller Macht dem Erkennen der Wahrheit nach der Fabelweisheit:  
„Wenn die Kinder sind im Dunkeln, wird bekommen ihr Gemüth,  
Und um ihre Angst zu bannen, singen sie ein frohes Lied.“

Und in naiver Kinderlogik tanzen sie auf dem vulkanisch unterwühlten Boden einen ausgelassenen tollen Tanz. Die grossen Wetter aber laiden das Unheil an, das ihnen sich vorbereitet. Zug um Zug folgen einander die Beweise, welche die Unhaltbarkeit der herrschenden Ordnung bekunden.

Eine beredtere Sprache als jetzt die massenhaften Arbeiterentlassungen zu uns reden, kann man sich nicht denken.

Sind sie nötig, diese barbarischen Arbeiterentlassungen im Großen? Gibt es kein Mittel zur Rückkehr vernünftiger Kulturzustände? Nun, in der heutigen Weltordnung gibt es allerdings kein Heilmittel, keinen Schutz dagegen. Die Unternehmerklasse kann nicht mehr zurück, selbst wenn sie wollte. Unaufhaltbar wird sie vorwärts gestossen. Die drängenden treiben zur Eile. Allein, es ist eine Sache, in der man wandelt. Und wenn die Menschheit auf dem Höhepunkt des Glanzes, der Unbilligkeit, der Finsternis angelangt ist, dann ist sie am Ende der Sadgasse. Dann ist unsere Bahn frei.

Lange kann es nicht dauern, bis der Höhepunkt der Finsternis erreicht ist und die traurige Maschine, genannt bürgerliche Gesellschaft, stoden muß. Das lehren uns die enormen Arbeiterentlassungen, welche jetzt von den In- und Ausländern ausgeführt werden. Das ist kein Zustand mehr, der die Kraft hat fortzuleben. Das ist der nackte Horrorfall, der Zusammensturz dessen was ist.

Den Krupp und Waare, welche plötzlich je 500 Arbeiter entlassen, werden die Königs- und Laurahütte mit ca. 1000 Entlassungen, weisfährische und sächsische Fabrikanten aller Branchen mit großen Prozentzahlen folgen. Es ist, als wenn sie alle blos auf das Stichwort ihres Oberprüfers, des Herrn Waare, gewartet hätten, um einen lange gehegten Vorbehalt zur Ausführung zu bringen. Ein ganzes Heer von Arbeitern, von fleißigen, strebsamen Leuten wird hier ins Elend gejagt. Und wofür das Alles?

Weil die Unternehmerklasse einen Sündenbock braucht, den sie in die Wüste schiebt, weil sie, gleich dem Schah von Persien, einen Prügelnaben nötig hat, der für ihre Sünden Buße

thun möge. Mit der brutalen nackten Thatsache, daß Jahr aus Jahr ein nach kurzen Zeiträumen überhäufeter Arbeit Entlassungen von Arbeitern nothwendig werden, muß fortan gerechnet werden, wie mit einer mathematischen Formel. Die unfähige Unternehmerklasse ist einfach außer Stande, eine Regelmäßigkeit in den industriellen Betrieben einzuführen, da die uralte Produktionsmethode, welche keine Fühlung mit den Bedürfnissen der Welt hat, zu einer völligen Anarchie führen muß, ja eigentlich schon geführt hat.

Die Arbeiterentlassungen sind nur ein Symptom der anarchischen Wirtschaft und lassen sich zum Theil auf das Saisongeschäft zurückführen. Dieses ist eine von den kapitalistischen Einrichtungen unzertrennliche Handelsgewohnheit, auch im internationalen Verkehr, geworden, woraus sich ergibt, daß die Arbeiterentlassungen unter der Herrschaft des Kapitals nie mehr von der Tagesordnung verschwinden können.

Bis zur Unerträglichkeit schon sind sie gesteigert. Wohl jeder Zweig der Produktion hat heute bereits seine Saison. Der Großkaufmann, der kleine Zwischenhändler, ja selbst der letzte Krämer denkt nicht mehr daran, im Voraus seine Bestellungen zu machen. Es wartet ein jeder, bis daß der andere vorangehe, um auf des lieben Nächsten Kosten etliche kleine Vorteile zu ergattern. Weiß er doch, daß der Fabrikant in jedem Augenblick im Stande ist, gewaltige Waarenmengen zu erzeugen. Innerhalb weniger Wochen können ganze Berge von Waaren auf den Markt geworfen werden. Die vervollkommenen Maschinen arbeiten trefflich und schnell. Und die Menschen? Nun, wozu wäre die Nachtarbeit denn da, wenn nicht zur Bequemlichkeit der Industriellen? Beliebig legen sie Feiertage ein und arbeiten stumm überstunden. Auf den Arbeiter Rücksicht dabei nehmen, ist noch Niemandem beigelommen. Der Arbeiter indes, wenn er durch die überanstrengte geheute Arbeit in den schlecht ventilirten Räumen nicht dauernden Schaden an seiner Gesundheit gelitten hat, sieht sich nach den kurzen Wochen siederhastiger Thätigkeit, in welchen der Fabrikherr die drängenden Ordres erledigt, bei Seite geschoben, für ihn ist jetzt keine Beschäftigung mehr. Es folgt die stille Zeit und mit ihr die Zeit der Entbehrungen, vor der heute Keiner, selbst der tüchtigste Arbeiter, sicher ist. Jetzt häufen sich die Schulden, bis auch der Kredit versagt; bald ist ein Geräuscharbeiten aus dieser verzweifelten Lage zur Unmöglichkeit geworden.

Auch an Ausbeutung nimmt die Einrichtung des Saisongeschäftes stetig zu. Sie erstreckt sich bereits auf die kleinsten Betriebe und immer größer werden die Zwischenräume zwischen Saison und stiller Geschäftszeit, d. h. auf immer engeren Zeitraum drängt sich die erstere zusammen. Hierzu tritt sodann das unpatriotische wahnwitzige Gebahren der Kohlengrubenbesitzer, welche den ausländischen Industrien deutsche Rohstoffe zu solchen Schandenpreisen liefern, daß jene Industrien dadurch die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt allüberall erfolgreich aus dem Felde schlagen, und derart wird die Arbeitslosigkeit

Wir müssen sofort einen großen Artikel schreiben, der Aufsehen macht. Die nöthigen Angaben und Ziffern hab ich schon. Wir müssen uns unverzüglich daran machen. Komm also und nimm die Lampe.  
Er nahm sie und sie gingen in das Arbeitszimmer. Dieselben Bücher wie früher standen im Schrank. Nur trug er jetzt auf seiner Decke die drei Rosen, die Forester am Tage vor seinem Tode am Golf Juan gekauft hatte. Unter dem Tisch harrete der Fußsack des Todten der Fische Du Rog's, der sich eben zurecht gesetzt hatte und den elenden ironischen Federhalter ergriff, dessen Ende die Zähne seines Vorgängers ein wenig benagt hatten.  
Madeleine hatte sich eine Zigarette angezündet, lehnte sich an den Kamin und begann ihre Nachrichten vorzutragen. Dann setzte sie ihre Gedanken und den Plan des Artikels, wie sie ihn sich dachte, auseinander.  
Er hörte ihr aufmerksam zu und machte sich gelegentlich Notizen. Als sie fertig war, erhob er Einwürfe, nahm die Frage von einem anderen Ende auf, gab ihr eine größere Gestalt und entwickelte nun seinerseits nicht mehr blos den Plan zu einem Plane, sondern einen vollständigen Feldzugsplan gegen die Regierung. Der Artikel sollte nur die erste Attacke sein. Seine Frau hatte zu rauchen aufgehört, so rege war ihr Interesse geworden, so weit in die Ferne verfolgte sie den Gedanken ihres Gatten.  
Nur von Zeit zu Zeit murmelte sie: „Ja... Ja... Sehr gut... Sehr gut... Ausgezeichnet...“  
Als er nun seinerseits mit dem Reden fertig war, sagte sie: „Jetzt wollen wir schreiben.“  
Aber der Anfang fiel ihm noch immer schwer, und er suchte mühsam nach Worten. Da trat sie heran, beugte sich fast über seine Schulter und begann ihm leise Sätze ins Ohr zu flüstern.

im Inlande auch von anderer Seite noch muthwillig gefördert.

Auch die Kapitalien, welche in der Industrie „arbeiten“, finden eine durchaus irrationelle Verwendung. Ueberschüssiges Kapital wird oft in Wege geleitet, wo es absolut keine beschaffende Thätigkeit entfalten kann, wo es die schon vorhandene Ueberproduktion auf den Gipfel treibt und die Krisis beschleunigen hilft, während es, in die richtigen Kanäle geleitet, segenspendend hätte wirken können.

Das alles sind Umstände, die zusammenwirken, um jene ungeheuren Arbeiterentlassungen zu schaffen, von denen wir gerade jetzt wieder Zeuge sind. Die Zahl der Arbeiter, welche existenzlos werden, nimmt progressiv zu, und in parallelem Verhältnis steigert sich die Zahl derjenigen Betriebe, welche außer Stande sind, den Kampf des Daseins mit den großen, nach bestimmter Schablone arbeitenden Kapitalistenvereinigungen, den Aktiengesellschaften und Kartellen, fortzukämpfen. Die Großbetriebe aber haben es in der Hand, das Geschäft so zu lenken, daß stets eine große Masse Arbeiter stellunglos bleibt. Dies ist nothwendig, um die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter sicher zu stellen.

Allerdings schließt diese Taktik der Großindustrie auf der anderen Seite eine große Gefahr für den Bestand der Gesellschaft in sich, wessen sich unsere Unternehmerklasse sehr wohl bewußt ist. Indessen, die Wahrheit sagen, die Gefahr öffentlich eingestehen, hieße die Abdankungsurkunde vollziehen. Daher klammern sich die Bourgeois an das Bestehende, das ihnen allein ihre Macht, ihre Vorrechte, ihren Einfluß, ihre angemessene Sonderstellung verbürgt, an, und steigern das Elend der Massen, indem sie die Dinge ungeführt weiter treiben lassen, ihrem Verhängnis entgegen.

Das eine nur übersehen die Herren. Die Masse derer, welche die Irrthümer der heutigen Gesellschaft klar erkennt, schwillt sichtlich an.

Ist die Zahl derjenigen aber, welche klar sehen, einmal die große Mehrheit — und die zunehmende Arbeitslosigkeit ist ein Weg hierzu — so wird unsere Bahn frei sein, denn niemand wird gegen eine Partei kämpfen wollen, welche numerisch und in sittlich-ethischer Richtung das Uebergewicht hat.

Das möge die übermüthige Unternehmerklasse bedenken.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember.

Die letzte Sitzung vor den Ferien des Reichstags brachte noch eine recht interessante Debatte über die lox Geinze. Eine rechte Freude an diesem Muster von Gelehrtheits-Befehmcheren hat eigentlich niemand im Reichstag, das ergab die heutige Verhandlung zur Evidenz. Nur Herr Hintelen vom Zentrum stellte sich ganz auf den Boden

Von Zeit zu Zeit stockte sie und fragte: „Drückt das auch richtig aus, was Du sagen willst?“  
„Ja, vollkommen“, erwiderte er.  
Sie hatte pilante, giftige Einfälle, wie sie nur eine Frau haben kann, um den Premierminister zu treffen. Sie mischte Spott über sein Gesicht in den Spott über seine Politik und wußte ihn so drollig vorzubringen, daß man zu gleicher Zeit lachen und von der Wichtigkeit der Beobachtung gepackt sein mußte.

Zuweilen fügte Du Roy einige Zeilen aus eigenem hinzu, die die Gewalt des Angriffs verstärkten und vertieften. Er verstand die Kunst der perfiden Anspielung aus dem Grunde, hatte er sie doch, als er seine Lokalnötigen nötigen schärfte, erlernt. Und wenn ihm eine Thatsache, die Madeleine als sicher hinstellte, zweifelhaft oder anrühlig vorkam, so verstand er es trefflich, sie zwischen den Zeilen lesen zu lassen und sie so dem Leser viel fester einzuprägen, als wenn er sie gerade herausgesagt hätte.  
Als ihr Artikel fertig war, las ihn Georges noch einmal laut und deklamierend vor. Sie waren beide der Meinung, daß er ausgezeichnet gelungen wäre, und lächelten sich freudig überrascht an, als wenn sie sich jetzt erst recht entdeckten. Tief sahen sie sich von Bewunderung und Zärtlichkeit erfüllt in die Augen, und sie lächelten sich mit einem Eisern, einem Feuer, als vermählte sich Leib und Seele.  
Der Artikel erschien mit der Unterschrift: Georges Du Roy de Cantel und machte großes Aufsehen. Die Deputirtenkammer gerieth in Bewegung. Herr Walter beglückwünschte den Verfasser und übertrug ihm die politische Redaktion der „Die Française“. Boisrenard übernahm wieder das Lokale.

Nun begann die Zeitung ebenso geschickt wie heftig den leitenden Minister zu bekämpfen. Bald war der Angriff

### Feuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Als sie wiederkam, fand sie sie in einer Plauderei über das Theater aus Anlaß eines neuen Stückes, und so vollkommen einer Meinung, daß eine Art rasch entstandener Freundschaft wegen der völligen Uebereinstimmung ihrer Gedanken in ihren Augen glänzte.

Das Essen war reizend; es verlief so vertraut und herzlich, daß der Groß bis spät in den Abend hinein bei ihnen blieb. Er fühlte sich so wohl in diesem Hause, in dieser hübschen jungen Ehe.

Als er gegangen war, fragte Madeleine ihren Mann: „Nun, ist er nicht ein ausgezeichnete Mensch? Er gewinnt immer mehr, je länger man ihn kennt. Er ist der beste, zuverlässigste, ergebenste, treueste Freund. Ach! Ohne ihn...“

Sie vollendete den Satz nicht und Georges erwiderte: „Ja, ich finde ihn auch sehr angenehm. Wir werden, glaube ich, sehr gut mit einander auskommen.“

Sie begann aber sofort von etwas anderem zu reden: „Du weißt noch gar nicht, daß wir heut Abend, bevor wir zu Bett gehen, noch arbeiten müssen. Vor dem Diner hatte ich keine Zeit, mit Dir davon zu reden, weil Baudree gleich kam. Seit Vormittag hab ich sehr wichtige Nachrichten erhalten. Nachrichten aus Marokko. Der Abgeordnete Larochette, der künftige Minister, hat sie mir überbracht.“

der Vorlage, aber auch er konnte nur für seine Person sprechen, denn das Gros seiner Partei denkt über den Polizeicharakter der Vorlage ganz erheblich anders. Ganz abschprechend über die Vorlage lautete das Urtheil des freisinnigen Hornig. Derselbe sprach sich auch entschieden gegen die Kasernierung der Prostituirten aus, wobei ihm das interessante Geständnis einschlägigste, daß die Prostitution „ein Stiel der göttlichen Weltordnung“ sei. Den schlechten Eindruck, welchen die Jungferrede des Abgeordneten Holleiser, der sich am ersten Tage der Debatte für die Kasernierung und staatliche Regelung der Prostitution aussprach, in den pietistisch-konservativen Kreisen gemacht hat, zu verweisen, mußte heute der Ober-Verwaltungsgerichts-Rath Bahr, ein Reaktionär, wie sie selbst unter den Deutsch-konservativen nur vereinzelt vorkommen, allerlei Bedenken gegen die Vorlage zum besten geben. Die Thatsache, daß unter neuem Kurs vor allem Kirchen gebaut und zugleich Kirchenhäuser eingerichtet werden sollen, konnte freilich auch Herr Bahr nicht megstreiten.

Ueber das geistige Niveau der national-liberalen Wählerschaft klärte uns Herr Bischof auf, indem er von derselben erzählte, daß man in diesen Kreisen noch vielfach daran glaube, daß die Sozialdemokraten theilen wollen. Eine geradezu vernichtende Kritik an der Vorlage übte unser Genosse Stadthagen. Derselbe illustrierte an einer großen Zahl trasser Beispiele, was von der Phrase zu halten sei: man könne getrost der Rechtsprechung es überlassen, das Richtige zu treffen. Der Bundeskommissar von Lentze fand in diesen Ausführungen zwar „Schmähungen“ der Richter und Staatsanwälte; seine Ausführung wäre aber wirkungsvoller gewesen, wenn er dem erdrückenden Thatsachenmaterial gegenüber, das der Abgeordnete Stadthagen vorführte, auch nur nach einer Richtung hin hätte nachweisen können, daß dasselbe falsch dargestellt oder unrichtig wiedergegeben sei. Trotz der gehobenen Stimme und dem Bruchton fitzlicher Entrüstung, den der Herr Bundeskommissar anzuschlagen beliebte, blieb das Haus doch eiskalt, als er seine Philippika schloß. Ueber gewisse Erscheinungen in der Rechtsprechung in neuerer Zeit hat man eben nicht bloss innerhalb der sozial-demokratischen Kreise seine eigene Meinung. Den Schluss der Redner bildete unser Genosse Bebel, welcher dem von Herrn Rintelen vertretenen Scheinchristenthum wirkliche christliche Bredren und Grundzüge entgegen hielt.

Nachdem nunmehr die Generaldebatte über die lex Heinze geschlossen ist, darf als Ergebnis derselben mit Sicherheit angenommen werden, daß dieser Wechselbalg wahrscheinlich gar nicht mehr oder doch nur in vollständig umgeänderter Gestalt aus der Kommission hervorkommen wird.

In die Militär-Kommission sind gewählt 3 Sozialdemokraten: Bebel, Grillenberger, Singer; 5 Konservative: Frhr. v. Hammerstein, Frhr. v. Frießen, Frhr. v. Montessell, Graf v. Salbern-Ahlumb, v. d. Schulenburg-Begehendorf; 1 Freikonservativer: Frhr. v. Stumm; 3 National-liberale: v. Bennigsen, Buhl, Schneider; 8 Centrums-Mitglieder: Graf Balckstreim, Frhr. v. Duol, Frießen, Gröber, Lieber, Graf Preysing (Straubing), Schädler, Frhr. v. Wendi; 5 Freisinnige: Baumbach, Hugo Hermes, Pinze, Richter und Richter; 1 Volksparteiler: Payer; 2 Polen: v. Komierowski, Graf Kwiwedi. —

Die Zeit des „Handels“ der Parteien ist jetzt für die Militärvorlage gekommen. Was vor einem Monate von allen Parteien als ganz unannehmbar erklärt war, erschien nach und nach in milderem Lichte und wird heute bereits von der größeren Majorität als eine Sache angesehen, über die sich ganz gut diskutieren lasse. Der Reichstag ist in die Weihnachtserien gegangen, und wenn die Wähler nicht ihren Abgeordneten scharf auf den Leib rücken, dann wird der Reichstag nach den Ferien die Militärvorlage mit wenigen Abänderungen annehmen. Auch eine Abschlagszahlung ist ein Erfolg für die Regierung, die noch nie verabsäumt hat, auch den Rest mit Zinseszins einzulassen. Wer nicht entschlossen ist, den regelmäßigen Mehrforderungen der Regierung vorzudringen ein entscheidendes Nein entgegenzusetzen, der streut mit seiner „Opposition“ nur den Wählern Sand in die Augen. Herr v. Bennigsen hat schon manche Regierungsvorlage kritisiert und ihre Mängel und Fehler

ironisch, bald ernst, bald höflich, bald giftig, immer aber war er gewandt und stützte sich auf Thatsachen; seine Sicherheit und Beständigkeit überraschte jedermann.

Die anderen Blätter zitierten unaufhörlich die „Frei-Preussische“ und entnahmen ihr ganze Spalten. Ja, die herrschenden Kreise erkundigten sich, ob man dem unbekannt oder gefährlichen Gegner nicht durch eine Präferenz das Maul stopfen könne.

Du Roy wurde in den Fraktionen berühmt. An der Art, wie ihm die Hand gedrückt, wie der Hut vor ihm gezogen wurde, merkte er das Wachsen seines Einflusses. Dabei blickte er mit stammender Bewunderung auf die Genialität seiner Frau; wie gewandt wußte sie sich zu informieren, wie groß war die Zahl ihrer Bekanntschaften!

Alle Augenblicke fand er, wenn er nach Hause kam, einen Senator, einen Abgeordneten, einen Beamten, einen General in seinem Salon, und alle behandelten sie Mabeline als alte Freundin, traten ihr mit ernster Vertraulichkeit gegenüber.

Wo hatte sie nur all die Leute kennen gelernt? In der Gesellschaft, sagte sie. Aber wie hatte sie ihr Vertrauen und ihre Zuneigung zu erwerben gewußt? Das begriff er nicht.

Sie könnte den besten Diplomaten abgeben, dachte er. Oft kam sie roth vor athemloser Erregung um Stunden zu spät zum Essen und rief, bevor sie den Schleier zurückgeschlagen: „Na, heut habe ich was feines erfahren. Denk Dir nur, der Justizminister hat zwei Beamte eingestellt, die früher ein anrüchliches Gewerbe betrieben haben. Wir wollen es ihm auszahlen, daß er daran denken soll!“

Und es wurde dem Minister angezeigt und am folgenden Tage wieder und am dritten Tage wieder. Der Abgeordnete Baroche-Mathieu, der jeden Dienstag in der Rue Fontaine aß, während der Graf von Baudrec in der Wode den Anfang machte, schüttelte mit dem Ausdruck lebhaftester Freude beiden die Hand. Unaufhörlich wiederholte er:

„Wetter noch eins! Das nimm ich einen Feldzug. Wenn das nicht helfen sollte!“

Er hoffte in der That stark darauf, das Portefeuille des

herorgehoben, aber stets nur „um zu dem Resultat“ zu kommen, daß die bemängelte Vorlage etwas sehr Gutes sei, das um jeden Preis angenommen werden müsse. Wenn die Wähler nicht die Augen offen halten, dann wird von der Mehrheit des Reichstags in der Kommission der Handel mit der Regierung abgeschlossen, und die zweite Beratung wird zu einem einfachen Possenspiel, bei dem die Rollen im voraus vertheilt und das Resultat schon vorher abgewartet ist. —

**Der Gesetzentwurf über den Verrath militärischer Geheimnisse**, der dem Reichstage vorgelegt ist, stimmt mit dem im Februar bereits eingereichten Entwurfe überein, und ist nur um zwei Paragraphen vermehrt. Es sind die §§ 8 und 13 der Vorlage.

Der § 8 lautet: Wer, abgesehen von den Fällen des Verraths militärischer Geheimnisse (§§ 1 und 2), über die Verhältnisse der Kriegsmacht oder der Verteidigungsmittel des Deutschen Reichs Mittheilungen in die Oeffentlichkeit bringt oder an eine fremde Regierung gelangen läßt, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet wird, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 10 000 M. erkannt werden kann.

Hiermit läßt sich jede Diskussion über Militärverhältnisse verthäten; die Ausdrücke dieses Paragraphen bieten der willkürlichsten Auslegung Spielraum. Freilich, mit welchem Erfolg? Der Militarismus, der eine sachliche Kritik nicht verträgt, muß sich um so eher auf Angriffe à la Ahlwardt gefaßt machen.

Der § 13 erklärt die Zulässigkeit der Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung in den Fällen, welche der Gesetzentwurf behandelt. —

**Bettelpatriotismus und Vaterlandslosigkeit.** Aus Paris wird der „National-Zeitung“ telegraphirt:

Paris, 18. Dezember. Der „Figaro“ veröffentlicht die Abschrift eines im Besitze des Hauptmanns Briant, Schwiegersohns Boulanger's, befindlichen Briefes an den damaligen Kriegsminister Boulanger, worin Ludwig Löwe und Kompagnie in Berlin schreiben, sie hätten erfahren, daß der Minister einen Offizier nach Amerika geschickt, um Einrichtungen für die Massenfabrikation neuer Gewehre zu kaufen. Die Fabrik Löwe beschäftigt sich seit langer Zeit mit der Herstellung der Maschinen für die Massenfabrikation von Gewehren, welche vervollkommener als die amerikanischen seien, weshalb sie vorschläge, der Minister möge einen Offizier nach Berlin schicken, um sich zu überzeugen, daß es unnötig sei, Maschinen in Amerika zu kaufen, die vortheilhafter in Europa zu beschaffen seien. Der „Figaro“ sagt hinzu, das Original dieses Briefes stehe zur Verfügung des Advokaten Ahlwardts.

Die „National-Zeitung“ bemerkt hierzu: Die Tendenz dieser Veröffentlichung erzieht sich aus den Schlussworten des „Figaro“. Wir haben das obige Telegramm der Firma Löwe vorgelegt, welche darüber folgende Auskunft giebt: Der im „Figaro“ veröffentlichte Brief ist echt; er datirt vom 20. November 1886, während die Fabrikation von Gewehren für die deutsche Regierung im Jahre 1889 begann. Der Brief hat also mit der Gewehrjabrikation überhaupt nichts zu thun. Die Löwe'sche Fabrik beschäftigte sich 1886 lediglich mit Maschinenfabrikation.

So weit die Löwe'sche Erklärung. Es ist danach allerdings ungewiss, daß der veröffentlichte Brief die vor Gericht zurückgewiesenen Beschuldigungen nicht betrifft, daß diese so grundlos bleiben, wie das Urtheil sie kennzeichnet. Wir müssen aber sagen, daß wir im November 1886 noch Paris gerichtetes Anerbieten von Maschinen zur Massenfabrikation sehr ungehörig finden. Es war die Zeit des parlamentarischen Kampfes um die Septennats-Vorlage. Die deutsche Regierung war damals der Meinung, daß Boulanger den Krieg gegen Deutschland beabsichtige. Auch wenn die Zeitung der Löwe'schen Fabrik, in Uebereinstimmung mit der Opposition gegen die Septennats-Vorlage, diese Ansicht der deutschen Regierung nicht theilte, hätte sie besser gethan, ein derartiges Anerbieten an den damaligen französischen Kriegsminister zu unterlassen.

So die „National-Zeitung“. Sie findet es „ungehörig“, daß eine deutsche Fabrik einem fremden, und noch dazu einem französischen Kriegsminister sich zur Verfügung stellt. Aehnliche Briefe, geschrieben von deutschen Bieder-männern wurden 1870 nach dem Sturze Napoleon's in den Tuileries massenweise gefunden und zum

Auswärtigen zu erbeuten, worauf er schon lange ein Auge geworfen hatte.

Er gehörte zu jenen grundsatz- und gesinnungslosen Politikern ohne Kraft, Begabung und ernsthafte Kenntnisse, wie sie zu Hunderten auf dem Wahldünge gedeihen. Als Provinzadvokat war er der Held seines Ortes gewesen; jetzt hielt er zwischen der Rechten und Linken pfiffig in der Mitte und stellte eine Art republikanischen Jesuiten und schwammigen Liberalen zweielhafter Natur dar.

Sein häuerlicher Machiavellismus verschaffte ihm Ansehen bei seinen Kollegen, bei dem habgierigen Gesindel der Deputirtenkammer. Er war gerade geleckt und lorekt, vertraut und liebenswürdig genug, um Erfolg zu haben. Und an dem fehlte es ihm nicht in der unruhigen, unsicheren, gemischten Gesellschaft der Herren der Gegenwart.

Ueberall hieß es von ihm; Baroche wird Minister werden, und er glaubte noch viel fester als die anderen daran, daß Baroche Minister werden würde.

Er war einer der Haupt-Aktionäre der Walter'schen Zeitung, so wie Kollege Walter auch sein Verbündeter in allen Finanzoperationen war.

Du Roy ließ ihm vertrauensvoll und mit vagen Hoffnungen für seine Unterstützung. Er sollte damit übrigens nur ein Werk fort, das Forestier begonnen hatte. Dem hatte Baroche-Mathieu für den Tag seines Triumphes das Kreuz der Ehrenlegion versprochen. Der Orden brauchte also nur auf die Brust von Wladesein's neuem Gatten überzugehen, sonst hatte sich nichts verändert.

Ja, nichts hatte sich verändert. Und das war so auffällig, daß sich Du Roy deswegen mit beisehendem Spott von seinen Kollegen verfolgt sah, den er allmählig satt bekam.

Er wurde allgemein Forestier genannt. Sobald er in die Redaktion kam, rief ihn einer: „Sag doch mal, Forestier.“

Er that so, als hörte er nicht und kramte unter den Briefen in seinem Rasten. Aber die Stimme ertönte nur noch lauter wieder: „Heda! Forestier!“ Und erstichtes Gelächter wurde laut.

Wollte nun Du Roy in das Kabinett des Verlegers

Theil veröffentlicht. Diese Bieder-männer nannte man in Deutschland Bettel-patrioten; und die Briefe deutscher Bettelpatrioten“) u. d. vielen unserer Leser bekannt, und sollten allen bekant sein, denn sie enthalten prächtiges Material zur Naturgeschichte der Bourgeoisie.

Wäre die Firma Löwe sozialdemokratisch, dann würde die „National-Zeitung“ vermuthlich einen kräftigeren Ausdruck gefunden haben, als das milde „ungehörig“.

Uebrigens wollen wir uns nicht ereifern. Das überlassen wir den politischen Geschäftsmann Ahlwardt und Kompagnie, die für den nötigen Entlastungs- und Klammerrummel gewiß sorgen wird. Wir wollen ihr blos bemerken, daß die englischen Kaufleute, welche den Russen während des letzten Krieges mit England, — und die französischen Kaufleute, die den Negern, während des jüngsten Dahomey-Krieges mit Frankreich, Waffen und Munition verkauften, vortreffliche Christen waren und ihren Tropfen semitischen Blutes in den Adern haben. Und die deutschen Bettelpatrioten der Tuileries waren fast ausschließlich christliche Germanen — mancher davon lebt noch und spielt sogar eine Rolle.

Die Firma Löwe hat sicherlich nicht patriottisch gehandelt, indem sie dem französischen Kriegsminister, und gar einem Boulanger, ihre Dienste anbot, aber sie hat im Besitze des Kapitalismus gehandelt, der in allen Kulturländern international ist und vaterlandslos. —

Ueber Idealismus leitartikelt heute der Reichsbot. Der Idealismus des Minder- und Judenge-Blautes ist: Minderkeit mit Judenge. Der Stöcker'sche Idealismus gleicht der idealen Bismarck'schen „Wahlfreiheit“, die darin besteht, daß der Wähler auf Kommando des Bundespräsidenten zwei Senatoren oder Schulreuten an die Wahlurne geleitet wird, damit ihn die Agitatoren nicht moralisch verewaltigen können. Diese Wortfalschmageret ist die Zwillingsschwester der Depechen-Redaktion. —

**Zahmer Parlamentarismus.** Wenn die Militärvorlage vom Reichstage abgelehnt wird, so bildet das keinen Grund zum Rücktritt des Herrn Caprivi; es ist kein Mißtrauensvotum, ebenso wenig, wie es für einen Staatsanwalt ein Grund zur Niederlegung seines Amtes ist, wenn ihm vom Gericht ein Antrag abgelehnt wird.

Also argumentirt und leitartikelt nicht die „Stamm-Zeitung“, sondern die fortschrittliche „Tante Vogt“. Und diesen Parlamentaristen traute Fürst Bismarck einst zu. Sie wollten eine Parlaments-Regierung und sogar ein Parlaments-Heer nach Cromwell'schem Muster errichten! Jetzt ihnen nicht ein. Sie verlangen nicht einmal, daß ein Ministerium oder ein Regierungschef, das eine parlamentarische Niederlage erlitten hat, zurücktrete! Der Parlamentarismus der Fortschrittspartei steht auf gleicher Höhe mit ihrem Liberalismus, der sie gestern, in Sachen Ahlwardt's, ein Grundrecht der Volksovertretung in den leichtesten Partei-Sonderinteressen und Parteivorurtheilen opfern ließ. —

Das „Deutsche Adelsblatt“ ist sehr erbaud von dem konservativen Parteitag, an dem auch „eine sehr große Anzahl von Mitgliedern der Deutschen Adelsgenossenschaft“ Theil genommen hätte. Liberale Blätter haben dies besonders hervor als im Gegensatz zu den Caprivi'schen Rundgebungen im Reichstage stehend. Herr v. Caprivi sprach seinen Unwillen darüber aus, daß der Parteitag einen Ahlwardt trotz seiner Angriffe gegen die Militärverwaltung auf den Schild hob. Wir sehen hier gar keinen Gegensatz. Herr v. Caprivi als Reichstagsler sah nur die gegen die Militärverwaltung gerichteten Verdächtigungen, das Adelsblatt freute sich über die frische, fröhliche Haß gegen Juden und Liberale. Es gehört eine große Borntheit dazu, um, wie die „freisinnigen“ Blätter es thun, aus der Caprivi'schen Rede für sich Kapital schlagen zu wollen. Der Kampf zwischen Grafen v. Caprivi und Herrn v. Manteuffel bleibt immer ein Kampf unter Brüdern; so verkeimen werden sich beide nie, daß einer von ihnen sich Herrn Richter in die Arme wirft. —

In dem Sarzköhlen-Neubler droht zum neuen Jahre ein Streik der Bergarbeiter in den königlich preussischen Kohlengruben auszubringen, wenn man nicht von höherer Seite

?) In Brock's Verlag erschienen.

gehen, so hielt ihn der, der ihn gerufen hatte, auf: „Ach, verzeih! Ich wollte mit Dir reden. Du dumm, ich wechsle Dich immer mit dem armen Forestier. Das mag wohl daran liegen, daß Deine Artikel den seinen so merkwürdig ähnlich sehen. Du muß ja jeder irre werden.“

Du Roy erwiderte nichts, aber er kochte vor Wuth, und ein dumpfer Haß gegen den Todten wurde in ihm wach.

Selbst Herr Walter hatte erklärt, als man sich über die auffällige Aehnlichkeit in Geist und Wendungen zwischen den Leitartikeln des jetzigen und des früheren politischen Redakteurs wunderte: „Ja, es ist wie von Forestier, aber von einem kräftigeren, nervösereu, lebendigeren Forestier.“

Als Du Roy ein ander Mal zufällig den Schrank öffnete, der die Faustkloße enthielt, fand er die seines Vorgängers mit einem schwarzen Trauerflor umwunden, der seine abend dessen er sich bedient hatte, als er sich unter Saint Pol's Leitung im Spiel übte, war mit einer Ehrenrosette schmückt. Alle waren sie der Größe nach auf einem Postament aufgestellt, und ein Rärtchen, das denen im Museum nachtrag folgende Inschrift: „Ehemalige Sammlung von Forestier u. Co. Erben, Forestier. Du Roy, Patent angemeldet. Näherlicher Artikel, kann unter allen Umständen selbst auf der Reise benutzt werden.“

Er schloß den Schrank ruhig wieder zu und sagte so laut, daß ihn alle hören konnten:

„Reidische Dummköpfe giebt es doch überall.“

Aber er war doch tief in seinem Stolze, in seiner Eitelkeit verwundet, der argnöhmischen Schriftsteller-Eitelkeit die jene nervöse immer lebendige Empfindlichkeit hervorgerufen die der sich der genialste Dichter und der kleinste Repetent gleichen.

Forestier! Das Wort zerriß ihm das Ohr; er

Furcht, es zu hören und fühlte, wie er roth wurde, wenn er es hörte.

Der Name wurde ihm zum beisehendem Spott, so mehr fast, zur tödlichen Beleidigung.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Freitag, 10. Dezember.**  
**Opernhaus.** Keine Vorstellung.  
**Schauspielhaus.** Die Philosophin. Die gelehrten Frauen.  
**Festung-Theater.** Cavalierid rusticana. La locandiera.  
**Berliner Theater.** Rachel.  
**Wallner-Theater.** Der Lehemann.  
**Kroll's Theater.** Mala Vita.  
**Deutsches Theater.** Don Carlos.  
**Henes Theater.** Logirbesuch.  
**Residenz-Theater.** Marquise.  
**Friedrich-Wilhelm-Bad-Theater.** Das verwunschene Schloß.  
**Helikant-Theater.** Keine Vorstellung.  
**Adolph Ernst-Theater.** Die wilde Madonna.  
**Thomas-Theater.** Der Herrgottschneider von Ammergau.  
**National-Theater.** Die Waise aus Lowood.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Drittlezte Aufführung!  
**Die wilde Madonna.**  
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Troptow. Couplet von G. Görs. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütkenmeyer in Coburg. In Scene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Montag: Diefelbe Vorstellung.  
 In Vorbereitung:

**Modernes Babylon.**  
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Marastädt. Couplet teilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens.

**American-Theater.**  
 Jeden Abend jubelnder Beifall!  
**Die Trodenwohner,**  
 oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oskar Wagner.  
**Bendix** in seiner Saison-Nummer:  
**Man merkt's am Gang, Da ist was mang!**  
 Auftreten sämtl. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. Sonntags 6 Uhr.

**Castan's Panoptikum.**  
 Neues **Fantoche-Theater.**  
 Ohne Extra-Entree.  
 Vorstellungen v. 11-1 u. v. 4-9 1/2 Uhr stündlich.  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Passage-Panopticum.**  
**Der Tiger-mensch.**

**Kaufmann's Variété**  
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Vollständig neues Programm.  
**Coenrs Lenth,** Athletinnen.  
**Bernhard-Lrio,** Akrobaten.  
**Wij Ophelia** mit ihren dreifachen Cacabus.  
**Clown Richards,** Schnellzeichner und seinem Gänse-Zirkus.  
**Clara Betoni,** bildhäßige Sonbrette, sowie Auftreten sämtlicher anderer Spezialitäten.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.

### Circus Renz.

(Karlstraße.)  
 Freitag, den 10. Dezember 1892,  
 Abends 7 1/4 Uhr:

### Große Gala-Vorstellung.

Auf vielseitiges Verlangen: Wiederholung der festlich. Vorstell. des ges. Damenpersonals. Besonders gewähltes Programm: H. o.: Hippolog. Congress mit 36 d. bestreff. Freizeitsperde, vorgef. vom Direktor Fr. Renz. Grando Quadrille de la haute equitation, ger. v. 6 Damen u. 6 Herren. Mr. James Pillis mit dem Schulpferde Germinal. Auftreten sämtl. Kunstspezial. 1. Rang. Zum Schluß: Auf Helgoland. Ballet von 82 Damen. Neue Einlagen, u. a. Aufzug der Leib-Garde-Artillerie.  
 Morgen, Sonnabend, Abds. 7 1/4 Uhr: Wiederholung der Freitags-Galavorstellung. Sonntag: 2 gr. Festvorstellungen, um 4 Uhr (ein Kind frei) Die lustigen Heidelberger. Abends 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland. Gr. Brillant-Feuerverk.  
 Fr. Renz, Direktor.

### Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.  
 Täglich:  
**Germania-Konzert- u. Koupel-Sänger.**  
 Wochentags frei.  
 Sonntags 50 Pfennig.  
 Kinder 10 Pf.  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
 Zwei Säle  
 zu Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.  
 F. Sadtke.

### Pelzwaren.

Ein Vereinszimmer ist zu haben bei G. Schmidt, Rigdori, Knefbeck-Strasse 82.

### Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstraße.  
 Freitag, den 10. Dezember,  
 Abends 7 1/2 Uhr:

### Große Komitervorstellung

mit ergötzlichem Progr. Austr. sämtl. Clowns in ihren neuen tom. Entrees und Intermezjos. Außerd. Mignon (Apportierpferd), sowie 55 Hengste, vorgef. v. Dir. Althoff. Die 3 Nationen, 3 Pf. dargest. v. Mr. Cooke. Baroness de Walberg mit ihrem Schulpf. Szabadka. Austr. d. Jockeyreiters Fr. Angelo, d. Luftgymnastin Mlle. Marie, u. Sonnabend 7 1/2 Uhr gr. Vorstellung m. neuem Progr. — Sonntag: 2 ansserord. Vorstellungen, 4 Uhr (ein Kind frei) und 7 1/2 Uhr.

### Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse. Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.  
 Täglich  
**Gr. Spezialitäten - Vorstellung**  
 Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Die gegen den Dichter Carl Mendel ausgesprochene Beleidigung erkläre ich hiermit für unwahr. (5555) Leindorf.  
 Umständehalber muß ich mein Schank-geschäft sofort verkaufen. 34379  
**A. Flick, Simonstr. 23.**  
 Schankgeschäft Umständeh. sof. zu verk. Stabernad, Brangelstr. 85.

### Gänse

von 50-60 Pf. per Pfund, August-Str. 50a. (53/20)

### Meyer's

Berlin, Brockhaus u. Bücher jeder Art kauft Hannemann, Kochstr. 56.  
**Stieglitz,** Fink, Hänfling, Preisig 1 M. Stare 2 M. Gelaufte werb. Lachtauben, Stralauerplatz 21. (5556)

### E. Vogtherr, Berlin NW., Stephanstr. 27a, Moabit.

**Eisenwaren- und Werkzeug-Handlung.**  
**Gr. Auswahl prakt. Festgeschenke,**  
 z. B. Lichmesser und Gabeln, Taschenmesser, Scheeren, Kaffeemühlen, Plätten, Waagen, Heizapparate, Landfäße- und Werkzeug-Kästen, Schlittschuhe, Schlitten.  
 Luftgewehre, Teschins, Jagdgewehre und Revolver,  
 Tisch- und Hängelampen.

### E. Vogtherr, Berlin NW., Stephanstr. 27a, Moabit.

(Fernsprecher; freie Zusendung.)

P. P.  
 In der kurzen Zeit seines Bestehens hat mein neues System

### Waaren im Conto-Verkehr

zu verabsolgen, sich schon viele Freunde erworben: Hunderte von Beamten, Kaufleuten und Handwerkern haben von der grossen Zahlungserleichterung, die ich ihnen biete, gern Gebrauch gemacht.  
 Kurz vor dem Weihnachtsfeste sei daher hierdurch nochmals darauf hingewiesen, dass ich in 18 Abtheilungen alle Artikel der Bekleidung, der Luxus- und der Wohnungseinrichtung führe. Spezialität: Herren- und Damen-Garderobe nach Maass. Alle Waaren sind bester, solidester Qualität, die Preise allerbilligst, ohne jede Erhöhung.  
 — Zahlungen nach Uebereinkunft. —  
 Hochachtungsvoll

### Julius Ittmanns Waaren-Haus

Friedrichstrasse 113a  
 Eingang Oranienburgerstrasse.

Billigste Bezugsquelle von

### Uhren, Gold-, Silber- und Alfenide-Waaren

in bekannten guten Qualitäten  
**Reinh. Wankel, Brunnenstr. 121b**  
 Ecke Aufseherstraße, Galtestelle der Pferdebahn.

24 Verkäufer.

Elektrische Beleuchtung.

# Aufruf!

Die momentan schlechte Zeit und die Nothlage trifft am meisten den Kleinhandwerker. Mengen von Familienvätern sind ohne Arbeit und stehen heute noch ist, um Geld zu ersparen, in Straßhäusern und Gefangenen-Anstalten für wenig Geld gearbeitet wird. Um diesen Nothstand zu lindern und die bedrängte Lage der Arbeitslosen zu bessern, hat sich ein Konsortium gebildet, um Leute, die von Handwerker-Schneider sind, in Massen dauernd zu beschäftigen.  
 Mit uns, indem wir das größte Konsum-Geschäft am hiesigen Plage haben und unsern Verkaufshäusern in

**Berlin, Dresden, Hamburg, Breslau,**  
 Leipzigerstraße, Schloßstraße, Großkeller, Ohlauerstraße.  
 wurde folgendes abgeschlossen:

Wir bekommen zu Konfektion mit dem allerkleinsten Nutzen zum Waaren-Verschleiß überliefert und haben hierfür für diesen Absatz Sorge zu tragen. Deshalb geben wir ohne Unterschied des Standes an Jedermann von heute ab

# aber nur bis Weihnachten

wie folgt ab:  
**5000 Kragen-Mäntel**  
 für Herren und Knaben.

Ein Post. warme Herren-Überzieher,	sonst 14-20, jetzt nur M. 8 an.
Ein Post. gute Herren-Überzieher,	sonst 18-30, jetzt nur M. 10 an.
Ein Post. prima Herren-Überzieher,	sonst 25-50, jetzt nur M. 14 an.
Ein Post. komplette Herren-Anzüge,	sonst 18-22, jetzt nur M. 9 an.
Ein Post. solide Herren-Anzüge,	sonst 20-35, jetzt nur M. 12 an.
Ein Post. prima Herren-Anzüge,	sonst 27-54, jetzt nur M. 15 an.
Ein Post. gute Herren-Hosen,	sonst 5-10, jetzt nur M. 2 1/2 an.
Ein Post. warme Herren-Hosen,	sonst 8-13, jetzt nur M. 4 an.
Ein Post. prima Herren-Hosen,	sonst 10-20, jetzt nur M. 5 an.
Ein Post. solide Herren-Jaquets,	sonst 10-14, jetzt nur M. 5 an.
Ein Post. warme Herren-Jaquets,	sonst 12-30, jetzt nur M. 7 an.
Ein Post. Burtschen-Winter-Anzüge,	sonst 10-15, jetzt nur M. 5 an.
Ein Post. prima Burtschen-Anzüge,	sonst 15-30, jetzt nur M. 8 an.
Ein Post. Burtsch-Winter-Überzieher,	sonst 10-25, jetzt nur M. 5 an.
Ein Post. Knaben-Winter-Überzieher,	sonst 5-9, jetzt nur M. 2 1/2 an.
Ein Posten prima Knaben-Überzieher,	sonst 8-15, jetzt nur M. 4 an.
Ein Posten solide Knaben-Anzüge,	sonst 5-9, jetzt nur M. 2 an.
Ein Posten prima Knaben-Anzüge,	sonst 8-15, jetzt nur M. 4 an.
Ein Posten warme Herren-Schlafrode,	sonst 15-30, jetzt nur M. 8 an.

bis zu den elegantesten.

## Einen ganz besonderen Rabatt

gewähren wir zu Weihnachtsbescherungen der Hochwürdigsten Geistlichkeit — Wohlthätigkeits-Anstalten und Vormündern bei allen Einkäufen in unserem Etablissement selbst beim kleinsten Betrage.  
 Wir sind in der außerordentlichen Lage, keine Fuchthaus- oder Sträflingsarbeit, sondern freihändige, von Schneidern gearbeitete Garderoben, die für den feinsten Cavalier wie für den gewöhnlichsten Arbeiter berechnet sind und jeder Maßarbeit gleich stehen, zu billigen Preisen abgeben zu können. Wie aus obigen Preisen zu ersehen, ist mancher große Geschäftsmann nicht in der Lage, so einzukaufen zu können, wie wir verkaufen, und bietet sich hierdurch dem Kleinbemittelten eine gute Gelegenheit, selbst kleine Pötkchen zu kaufen und selbe im Einzelnen weiter zu verkaufen. Jede Größe und Weite ist am Lager vorrätzig. Das Personal ist streng angewiesen, Niemand zum Kaufen zu animiren, der nicht durch die auffallend billigen Preise und die riesigen Auswahl sich dazu veranlaßt fühlt.

# „Zum Prophet“

**Welthaus für Herren- und Knaben-Konfektion.**

I. Etage. Am Dönhofsplatz I. Etage.

Ecke Leipziger- und Kommandanten-Strasse.

Damit der Versandt an unsere Kundschaft nach auswärts — vor Weihnachten keine Verzögerung erleidet — bitten wir die Bestellungen direkt an unser eigens Berandtbureau zu richten! dazu eingerichtetes

Sonntag den ganzen Tag bis Weihnachten geöffnet.

Die Verkaufskolossalitäten sind bis Abends 9 1/2 Uhr bei tagesheller elektrischer Beleuchtung offen.

14 helle Schaufenster. Größtes Konf.-Haus Berlins.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 15. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats von Marshall, Panauer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Ersatzvertheilung.

Abg. Richter: Der Kriegsminister hat neulich gesagt, daß diese Vorlage in enger Verbindung steht mit der großen Militärvorlage, die wir in den letzten Tagen behandelt haben. Wenn das richtig wäre, dann könnte die große Militärvorlage nicht ohne diese kleine in ihren Stützpunkten stehen. Aber die Vorlage will nur eine gerechtere Vertheilung der Reserveeinheiten, und diese ist notwendig, ob es sich um eine Einstellung von 2000 oder von 20000 Rekruten handelt. Die frühere Art der Ersatzvertheilung läßt sich angesichts der Freizügigkeit nicht mehr aufrechterhalten. Ob das Land oder die Städte von dieser neuen Vertheilungsart mehr Vortheil haben, bleibt sich gleich, wenn dieselbe nur eine gerechte ist. Auf dem Lande werden sich mehr Militärtaugliche befinden als in den Städten, weil die Landarbeit gefährlicher ist als die Industriearbeit. Aber in den Städten und industriellen Bezirken befinden sich mehr Militärfähige als auf dem Lande, weil die Zahl der jungen Leute in Städten größer ist als auf dem Lande. Ich billige das Prinzip der Vorlage und will es deshalb konsequent durchgeführt wissen. Es scheint mir, daß das Prinzip der Vertheilung maßgebend bleiben soll für die Vertheilung unter die vier Kriegsmünisterien. Nach der Unterabtheilung auf die Truppenteile bis auf die Regimenter, die Kreis-Ersatzkommissionen herunter muß dementsprechend geregelt werden. Das Gesetz steht auch Bestimmungen der Reichsverfassung außer Kraft. Mit dieser Art der Verfassungsänderung kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich beantrage, die Vorlage der Militärkommission zu überweisen.

Abg. von der Schulenburg (H.): glaubt nicht, daß man so weit gehen kann, einen etwaigen Ueberfluß an Rekruten in Preußen oder einen anderen Staat zu überweisen. Das widerspricht wohl den Abmachungen unter einzelnen Staaten, aber innerhalb der Einzelstaaten soll die Ausgleichung erfolgen, welche die Vorlage beabsichtigt. Redner empfiehlt die Verweisung der Vorlage an die Militärkommission.

Bayrischer Bevollmächtigter Ritter vom Saag: Nach dem Artikel 4 kommt die Vorlage in Bayern noch näherer Behandlung des Bündnisvertrages vom 28. November 1870 zur Anwendung. Danach bildet Bayern einen besonderen selbständigen Bestandteil des deutschen Heeres unter dem Oberbefehl des Königs von Bayern. Der König von Bayern bestimmt also die Jücker der auszubehenden Rekruten und das Kriegsmünisterium vertheilt dieselben auf die beiden bayrischen Armee-Legions-Bezirke.

Abg. Müller (natl.): Es ist richtig, daß die große Militärvorlage ohne die anderweitige Vertheilung des Ersatzes nicht durchgeführt werden kann; aber die anderweitige Vertheilung des Ersatzes hat auch einen selbständigen Werth. Wenn darüber gekümmert wird, ob das Land oder die Städte mehr belastet werden, so will ich nur hervorheben, daß eine Anrechnung der Freiwilligen erfolgen muß, weil nicht bloß in den Städten Freiwillige vorhanden sind, sondern auch auf dem Lande die Zahl der freiwillig Fremdwilligen, deren Nicht-Anrechnung eine Belastung des platten Landes sein würde.

Abg. Richter: Der Bündnisvertrag mit Bayern steht wohl einem anderen Vertheilung des Ersatzes nicht entgegen und sollte es der Fall sein, dann dürfte eine Aenderung desselben ebenso leicht möglich sein, wie bezüglich der Brausteuer eine Aenderung des Referatensatzes erfolgt ist.

Die Vorlage wird darauf der Militärkommission überwiehen.

Darauf wird die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Gesetzes betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen beschlossen.

Abg. Vorwärt (Hr.): Die großen Debatten der letzten Tage haben das Haus so ermüdet, daß ein großer Theil der Herren wohl schon die Ferien begonnen hat. Das ist für die Bedeutung dieser Vorlage bedauerlich. Die Vorlage ist ab irato gemacht worden, wenn man das auch nicht zugeben will. Zugegeben ist aber, daß ein einzelner Fall Veranlassung zu der Vorlage gegeben hat. Eine solche Pflicht an einem großen Gesetz ist aber immerhin zulässig und beeinträchtigt die Rechtsprechung. Berlin ist durch den betreffenden Prozeß allerdings herabgesetzt worden, aber reichlich ist Berlin nicht in dem Maße Deutschland, wie Paris Frankreich ist, daß man deswegen den 80 Millionen Deutschen ein solches Gesetz auflegen möchte. Ferner ist es in Berlin noch lange nicht so schlecht bestellt, wie in London und Paris. Nach der Energie und Tüchtigkeit der Polizeipräsidenten sind unsere Zustände bald besser, bald schlechter. Deshalb braucht man nicht die Klänge der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen. Herr Webel hat die Mängel, welche Anlaß zu dieser Vorlage gegeben haben, als einen notwendigen Fehler unserer Gesellschaftsordnung bezeichnet und die Abhilfe nur in einem liberalen Zukunftsstaate gesucht. Darüber werden wir uns wohl nicht einigen können. Wenn Herr Webel aber die Kasernierung der Prostitution als schlimmer als den gegenwärtigen Zustand bezeichnet, so müssen wir ihn darin vollständig bestimmen; denn dadurch würde der Prostitution das Siegel der staatlichen Heiligung aufgedrückt. Die Aenderungen des § 180 und den neuen § 180a hält Redner nicht für notwendig. Wenn man die Justizpflege fördern wolle, dann solle man auch dafür sorgen, daß die Richter nicht herabgewürdigt werden zu Lande, zu Tagelöhnern, wie dies in bezug auf das Arbeitsquantum in Bremen vielfach geschieht. Der § 184 wegen der unzächtigen Schriften wird zu den schlimmsten Folgen führen, weil Alles der individuellen Aufzählung einzelner Personen überlassen bleibt, die die Entscheidung zu treffen hätten. Die Konsumenten dieser unzächtigen Schriften haben Sie nicht gerade in den Häuten der Armen, sondern vielmehr in den vornehmeren Kreisen. Schriften der älteren Literatur sind jetzt von Gericht und Polizei als nichtiglich angesehen worden; man kann aber doch wirklich nicht durch gesetzliche Erkenntnisse Literaturvorstellungen beseitigen, die vor mehreren hundert Jahren vorhanden waren. Redner wendet sich gegen die beabsichtigte Verschärfung der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen: die Nothwendigkeit der Öffentlichkeit habe sich namentlich im Prozeß Alwardt gezeigt; dem sonst hätte man wahrhaftig alle drei Geschlichen unter der Wecker Mähre vernichtet. Schließlich wendet sich Redner gegen die Strafverschärfung, die leicht die Wirkung haben könnte, daß in den Gefängnissen jedes Gefäß erstickt wird, daß überhaupt noch ein Mensch ist. Dann stellt er sich der Gesellschaft feindselig gegenüber. Wenn wirklich ein Bedürfnis nach vorliegenden sollte, dann müßte dasselbe beseitigt werden bei einer allgemeinen organischen Revision des Strafgesetzbuches und gleichzeitig mit einer Regelung des Strafvollzuges.

Kommisfar des Bundesrats, Geheimrer Oberjustizrath Lucas: Ich muß mich dagegen wehren, daß in Preußen die Richter zu

Tagelöhnern herabgedrückt würden durch das Quantum der ihnen zugemessenen Arbeiten. Ich kann nicht begreifen, in welchem Zusammenhange diese Bemerkung mit der Vorlage steht. Die preussische Regierung hat eine so hohe Achtung vor ihren richterlichen Beamten, als daß sie sie zu Tagelöhnern herabwürdigen wolle; sie sucht ihre Arbeitslast zu erleichtern, soweit die finanziellen Verhältnisse das gestatten. Nicht der Fall Heinsz allein hat den Anlaß gegeben zu dieser Vorlage, sondern die allgemein verbreiteten Mißstände, die nicht bloß in Berlin, sondern auch in anderen größeren Städten vorhanden sind. Deshalb kann man das Gesetz nicht als Gelegenheitsgesetz bezeichnen. Am lebhaftesten sind die Vorschriften bezüglich der Strafverschärfung und bezüglich der unzächtigen Schriften angegriffen worden. Redner führt aus, daß in den Schaufenstern oft Bilder ausgelegt sind, die vorläufig nur als bedenklich bezeichnen wolle, nicht als künstlerischen Interesses, sondern lediglich zum Anlocken des Publikums. In kleineren Städten würde das Publikum solchen Dingen einfach selbst ein Ende machen und man wird wohl in Berlin derartige Mißstände nicht künstlich fördern wollen. Die Befürchtung, daß dadurch die Kunst getroffen werden könne, ist in hohem Grade übertrieben. Die Polizei kann gegen die Mißstände nicht einschreiten, weil sie dabei vom Gericht im Stich gelassen wird. Ohne die Verschärfung der Strafen würde das Gesetz ziemlich werthlos sein, denn die Personen, um welche es sich handelt, sind in Freiheit und Entfaltung verfallen und wenn sie auch öfter bestraft würden, so würde das doch auf sie keinen Einfluß ausüben; denn die Strafe würde für sie nicht empfindlich sein, sie würde auch nicht den Rückfall verhindern. Das Gehgefühel ist diesen Subjekten größtentheils abhanden gekommen; 14 Tage bei Wasser und Brot und auf harter Lagerstätte würde auf sie vielleicht einen unangenehmen Eindruck machen. Gegenüber den Leuten, welche es überhaupt für eine Schande halten, in das Gefängniß zu kommen, brauchen wir solche Strafverschärfung nicht. Einen Ausschub bis zur allgemeinen Regelung des Strafvollzuges kann die Strafverschärfung nicht vertreten. Denn die Regelung des Strafvollzuges erfordert erhebliche Mehrausgaben, bis wir dazu kommen, können viele Jahre vergehen und dann wird auch nur eine successive Durchführung möglich sein. So lange können wir nicht warten; es muß in beschränktem Umfange etwas gebessert werden. Von der Strafverschärfung werden Kuppler und Zuhälter betroffen, aber auch die Urheber der schweren Verbrechen, die sich in erschrecklicher Weise vermehren. Daß mit der Strafverschärfung kein Mißbrauch getrieben wird, ist wohl durch die Vorbildung unserer Richter ausgeschlossen; es ist kaum anzunehmen, daß ein Richter einen Redakteur mit solchen Strafverschärfungen bedanken wird. Gerade durch die Annahme dieser Vorschriften wird der Rechtspflege und dem Vaterlande ein großer Dienst geleistet werden.

Abg. Hintersen (Z.) empfiehlt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern und hält es für zweckmäßiger, die Einzelheiten in der Kommission zu besprechen. Der Prozeß Heinsz hat eine große Menge von stillosen Anzuchtgrößen an das Tageslicht gebracht, denen durch die Vorlage entgegengetreten werden soll. Ein Gelegenheitsgesetz kann man deshalb die Vorlage nicht nennen. Redner wendet sich gegen die Rede Webel's zu dieser Vorlage, der mit Unrecht den Christen einen Vorwurf gemacht habe, daß sie nicht der Prostitution entgegengetreten seien. Die christliche Caritas habe auf diesem Gebiete sehr viel gethan; aber hier handelt es sich nicht um die christliche Liebe, sondern um die äußere Ordnung der bürgerlichen Verhältnisse, in welcher immer gewisse Dinge vorhanden sind, die in der menschlichen Gedrechlichkeit ihren Ursprung haben. Um solchen Mißständen entgegen zu treten, muß man der Kirche freie Bewegung lassen, daß sie schon auf die Erziehung der Jugend einwirken kann; denn durch die Schule kann sie zur Beseitigung dieser Mißstände sehr viel beitragen. Man gebe die Orden ganz frei, dann wird eine Besserung eintreten. Mit den Vorschriften bezüglich der unzächtigen Schriften und der Strafverschärfung ist Redner einverstanden, aber es wird wohl nötig sein, die Bestimmungen des Strafgesetzbuches anzuführen, bei welcher die Strafverschärfung Anwendung finden soll. Der Zug der Zeit geht dahin, daß bei gewissen Fällen die Prügelstrafe wohl doch die beste Strafe ist, wo eine andere Strafe nicht hilft. Herr Webel hat sich dagegen ausgesprochen, daß die Prostitution kaserniert werden soll. Davon ist in der Vorlage und in den Motiven gar keine Rede. Ob die Prostitution im sozialistischen Staate verschwinden wird, das wissen wir nicht; man weiß ja gar nicht, wie dieser Staat organisiert sein soll. Die freie Liebe würde schließlich an der Prostitution des ganzen weiblichen Geschlechtes.

Abg. Dahn (Hann.): Die Zustimmung zur Vorlage hat schon im Auftrag meiner Freunde der Abg. v. Holtenauer ausgesprochen; ich kann daraus verzichten, auf den Inhalt des Gesetzentwurfs einzugehen, ich will nur in einem wichtigen Punkte meine Abweichung von den Erwartungen meines Fraktionsgenossen bekunden. Er hat seine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der Polizei die Möglichkeit der Kasernierung der Prostitution gegeben werden solle. Der Ober-Kirchenrath hat sich in einem besonderen Gesuch an den Kaiser gegen eine solche Maßregel gewendet, weil dadurch eine Verwirrung der stillosen Anschauungen des Volkes herbeigeführt wird. Es ist schon bedenklich genug, daß Dinge, die strafbar sind, geduldet werden, wenn sie unter polizeilicher Aufsicht geschehen. Man sollte eher solche Mißstände abschaffen, als sie noch erweitern, wie es die Vorlage gestattet.

Abg. Diechel (natl.): Die Vorlage ist nicht bloß durch den Fall Heinsz und die Berliner Verhältnisse begründet, sondern ähnlich liegen die Verhältnisse in allen größeren Städten. Man hat gesagt, die Zuhälter wären schon strafbar als Kuppler; aber es ist nicht richtig; was sie treiben, unterscheidet sich von der Kuppelerei so erheblich, daß es oft nicht möglich ist, sie zur Bestrafung zu bringen. Aber die Vorlage ist eine lex specialis und deshalb ist es bedenklich, solche Dinge wie die Strafverschärfung in das Gesetz hineinzubringen. Wenn man nicht bis zur Regelung des Strafvollzuges warten will, dann sollte man wenigstens die Strafverschärfung in einem besonderen Gesetze ordnen. Redner wendet sich gegen einige früheren Ausführungen Webel's, ist aber auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Stadthagen: Das Böseste, was der Heinsz-Prozeß zu Tage gefördert hat, war die Thatsache, daß die Polizei die Zuhälter und Dirnen als Fußträger nicht glauben entbehren zu können, und gegen diese Zuhälter u. s. w. wird nun eine Vorlage gerichtet. Es wäre gut gewesen, wenn uns die Reichsregierung über diesen inneren Widerspruch aufklärt hätte. Für die Zuhälter wird niemand eintreten, sie sind der Abschaum der Gesellschaft, aber sie sind der Abschaum erst geworden durch die heutige Gesellschaftsordnung. Gewisse Lokale dürfen von Damen ohne Herenbegleitung nicht betreten werden. Solche Reglemente schaffen direkt die Zuhälterei. So lange die Prostitution besteht, wird auch das Zuhälterthum bestehen. Wollen Sie die Prostitution eindämmen, so schaffen Sie den Arbeiterinnen lohnende Arbeit. Bezeichnend war die Kasernierung der Frau Heinsz; Ich war Mäherin, da verdiente ich nichts, und da wurde ich auch so eine. Vor allem sollte man dafür sorgen, daß die freie Bewegung der Frauen,

ihre Koalitionsrecht zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen nicht erschwert wird, wie es noch lethhin in Breslau geschehen ist. Wo die Arbeiterinnen sich regen, um ihre Lohnverhältnisse zu verbessern, damit sie nicht der Prostitution in die Arme fallen, da wird die Bewegung von der Polizei unterdrückt. Man sagt, die Kasernierung der Prostitution werde nicht beabsichtigt. Man sollte doch nicht wie die Rabe um den heißen Brei herumgehen. Man versucht in gewissen Zeiträumen immer wieder die mittelalterlichen Bordelle einzurichten. Im Mittelalter waren die Bordelle ganz zünftig organisiert, sie machten, gegen die Fischer, welche sich eindringen wollten, Front. (Heiterkeit.) Die Prostitution war staatlich organisiert, und es war daher auch vollständig konsequent, daß die Päpste sie auch besuchten. In Hamburg bestanden die Bordelle heute noch, trotzdem man allgemein annahm, daß sie durch das Strafgesetzbuch abgeschafft seien. Es wird dabei die purste Heuchelei getrieben, denn in den Räumen der Bordelle sind meistens die Waffen der Herrscher aufgestellt. Man sollte lieber solche Dinge beseitigen, als einen Schleier über diese Verhältnisse decken. In den Motiven wird sogar ausdrücklich konstatirt, daß gewisse Personen ohne die Beihilfe der Prostituirten nicht leben können; es heißt in den Motiven: Es würde gegen die Billigkeit verstoßen, hilfsbedürftige, nächste Angehörige, wie etwa den kranken, erwerbslosen Vater oder Sohn mit der Strafe des Zuhalters zu belegen. In Fällen dieser Art enthält die Annahme von Zuwendungen nicht das Schimpfliche der Freiwilligkeit und der moralischen Theilnahme an dem Laster, sondern sie wird mehr von der Noth und den Umständen ausgezwungen. Dieses Zugeständniß ist werthvoll. Wenn die Zuhälter als Kuppler bestraft werden, weshalb werden nicht die Männer bestraft, welche zur Kuppelerei verleiteten, diejenigen Personen, welche mit Prostituirten verkehren? Besonders merkwürdig ist, welchen geringen Schutz die Mädchen genießen, welche zur Prostitution gezwungen werden sollen. Redner verweist auf einen Fall, wo der Staatsanwalt gegen eine vermählte Gutbesitzerin, welche ein Mädchen an einen Prinzen verpuppeln wollte, nur eine Strafe von 20 M. beantragte. Ein solches Verfahren, wenn hochgestellte Personen dabei theilhaftig sind, muß Mißtrauen erregen. Schriften und Bildwerke sollen strafbar sein, wenn sie Neugierde zu erregen geeignet sind. Die Bibel enthält eine Menge solcher Stellen, auf welche diese Worte passen, und die giebt man den Kindern in die Hände und läßt wieder daraus auswändig lernen. Das Vertrauen zu den Richtern hat hiermit nichts zu thun. Ihr Studium haben sie ja absolvirt, aber Literaturkenntnisse besitzen sie nicht, dazu haben sie keine Zeit. Wenn ihnen ihre Tagelöhnerarbeit noch Zeit läßt, dann erweisen sie sich möglichst als Streber, aber zur Bereicherung ihrer Literaturkenntnisse haben sie keine Zeit. Wenn das Magdeburger Landgericht den Preis wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt und ihm die Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt, was das Reichsgericht nachher allerdings nicht bekräftigte, so kann ein Gericht auch wohl so weit gehen, daß es in der Majestätsbeleidigung eine gewisse Rohheit erblickt und deshalb auf Strafverschärfung erkennt. Die Sammlungen streifender Arbeiter sind von einem Amtsgericht als Bettelweib bestraft worden; kann man darin nicht schließlich auch noch Rohheit finden? Die politische Gesinnung spielt ja jetzt vor den Gerichten eine große Rolle, sogar beim Reichsgericht, und besonders die Sozialdemokratie ist ja in dieser Beziehung verurtheilt. Wenn man nicht wirkliche Schourgerichte, wirkliche Schöffengerichte schafft, dann behält man die jetzigen Klassengerichte. Durch die Strafe schreckt man nicht, man müßte denn jeden, der in die Interessensphäre der herrschenden Klassen eingreift, gleich töpeln. Es ist ein trauriges Brandmal, daß die Gesellschaftsordnung sich selbst aufrückt, daß ohne Prostitution ein großer Theil der Menschen nicht mehr leben kann. Der Ausschluß der Öffentlichkeit beim Gerichtsverfahren ist sehr bedenklich. Nicht derjenige schädigt die Allgemeinheit, der die Wahrheit sagt und Mißstände aufdeckt, sondern derjenige, welcher die Wahrheit verbirgt, die Aufdeckung von Mißständen verhindert. So wie der Gesetzentwurf vorliegt, ist er unannehmbar; er enthält eine Vankrotterklärung der gegenwärtigen Gesellschaft, wenn sie nichts anderes aufweisen kann als Bordelle, Lattenarrest und Unterdrückung der Wahrheit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kommisfar des Geheimrer Ober-Justizrath von Lenth: Der Bundesrath hat sich mit dem Vordredner auf den Standpunkt gestellt, daß Bordelle nicht gestattet sind. Wenn der Vordredner trotzdem behauptet, daß in Hamburg Bordelle bestehen, so steht das in Widerspruch mit den amtlichen Mittheilungen des Hamburger Senats (Lachen bei den Sozialdemokraten). Wenn die Prostituirten in Hamburg in bestimmten Straßen wohnen, so beruht das auf einer Anordnung des Senats, wonach sie in anderen Straßen nicht wohnen dürfen. Das ist etwas ganz anderes, als die Konfessionirung von Bordellen. (Zuruf: Es sind aber Bordelle!) Die Aenderung des § 180 ist namentlich von den Hauseigentümern verlangt worden; es ist notwendig, sie vor der Bestrafung als Kuppler zu schützen, wenn sie ohne ihren Willen Prostituirte in ihr Haus aufnehmen. Dagegen muß ich protestiren, daß die Richter nur Streber sind. Die Urtheile der Richter unterliegen der Prüfung durch die höheren Gerichte. Wenn sie dort für richtig befunden werden, so giebt mir das mehr Vertrauen zu ihnen, als die Beurtheilung durch Herrn Stadthagen. Solche Kasernierungen sind in diesem Saale um so weniger angebracht, als es sich dabei um Landesbehörden und nicht um Reichsbehörden handelt. (Zustimmung rechts.)

Abg. Webel: Auf die Frage, wie wir uns die Gesellschaft ohne Prostitution denken, kann ich hier nicht eingehen, einmal, weil mir der Präsident das nicht gestatten würde; dann aber bin ich sehr davon überzeugt, daß meine Ausführungen nicht auf einen fruchtlosen und dankbaren Boden fallen werden. Ich habe in meiner Rede vom 3. Dezember nichts gesagt, was als ungerichtet betrachtet werden könnte, sonst hätte mich der Präsident rekifizirt. Gerade diese Rede war Veranlassung, daß mir von zahlreichen Seiten außerhalb des Hauses, auch von Geistlichen und Damen in anerkenntenswerthester Weise geschrieben wurde, sie hätten sich gefreut, daß ich endlich einmal der heutigen Gesellschaft die Heuchelei herabgerissen hätte. Wenn Sie gesetzgeberische Arbeit machen wollen, um Uebelstände zu beseitigen, so müssen Sie diesem Webel von Grund aus abhelfen. Das habe ich gesagt. Es würde mir vorgeworfen die Art und Weise, wie ich das Christenthum in die Debatte gezogen hätte. Sie haben es ja gerade immer von Ihrem christlichen Standpunkt hervor, christliche Grundsätze in die Gesetzgebung hineinzubringen. Meine Ausführungen von damals waren ganz gerecht. Wenn Sie für das eine Geschlecht etwas als straflos und gefehlich zuschiffen erschaffen, was Sie für das andere Geschlecht unter Strafe stellen, so treiben Sie eine Gesetzgebung, die klar unterscheidet in bezug auf beide Geschlechter. Diesen Standpunkt wirt Christus den Pharisäern vor, indem er sagt: wenn einer unter Euch ist, der sich frei von Sünde dünkt, der werfe den ersten Stein auf sie. Das ist der Standpunkt, den wir, die wir nicht Christen sind, Ihnen so oft vorhalten müssen. Wir verlangen gleiches Recht für beide Geschlechter. Wenn die Männer derselben Kontrolle unterliegen werden sollen, was Sie es für einen Theil des weiblichen Geschlechtes verlangen, dann wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, daß jeder geschlechtliche Mann verpflichtet werde, sich sofort beim Arzt zu stellen, um das Leben und die

Gesundheit anderer nicht zu gefährden. Ob die Herren vom Bundesratheische mit diesem Gesetze beabsichtigen, öffentliche Häuser zu schaffen oder nicht, das kommt in diesem Augenblick für mich nicht in Betracht: sie sagen, sie wollen es nicht, aber die Wirkung wird die sein, und das muß jeder erkennen, der den Dingen auf den Grund sieht, daß die Prostitution von Staatswegen organisiert wird. Ich habe nur die Konsequenzen gezogen, wenn ich behauptete. Sie betrachten die Prostitution ebenso als eine notwendige Einrichtung, wie die Kirche, Schule, Polizei u. s. w. Gerade die Männer müßten bestraft werden, die das andere Geschlecht zur Prostitution treiben. In den sechziger Jahren bestand in Leipzig eine Gesellschaft von alten und jungen Männern aus den ersten Gesellschaftsklassen, die sich spottweise 'Luzernbund' nannte. Sie waren nämlich das gerade Gegenteil davon. Die Leute gingen zu den Stunden, wo die Damen nach Schluß der Geschäfte auf die Straße kamen, unter den Augen der Polizei in den Hauptstraßen auf und ab, um nach neuen Opfern zu spähen, um dieselben ihren Lüsten dienstbar zu machen. Diese Leute müßten auf Grund einer solchen Gesetzgebung bestraft werden, da würde ich die Prügelstrafe für angebracht halten. Wenn gesagt wird, dieses Gesetz soll die Sittlichkeit befördern — was Sittlichkeit heißt, wechselt im Laufe der Jahrhunderte. Ich könnte Ihnen aus der Bibel zahlreiche Beispiele anführen über die Art, wie so gottgefällige Männer, wie David und Salomo über geschlechtliche Dinge dachten. Wenn Aristoteles gemeint hat, ich hätte nicht beachtet, was das Christentum auf dem Gebiete der christlichen Caritas geschaffen habe, so muß ich ihm erwidern: was immer das Christentum, namentlich im Mittelalter, auf diesem Gebiete getan hat, ist nicht entfernt ausreichend gewesen, um die sozialen Uebelstände abzuschaffen. Sie selbst haben durch Ihre Zustimmung zu der ganzen sozialen Gesetzgebung der letzten Jahre, der Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung, Arbeiterschutz u. s. w. bewiesen, daß die christliche Caritas nicht ausreicht, sondern der Staat eingreifen muß.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.  
Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 10. Januar 1896, 1 Uhr. (Erste Beratung der Brausesteuer-Vorlage.)

### Parteinachrichten.

In Zeigerloch (Württemberg) haben die städtischen Kollegien die Bürgerrechtsgewährung von 10 auf 5 M. herabgesetzt, nachdem der Sozialdemokratische Verein eine diesbezügliche Eingabe gemacht hatte.

Aus Frankfurt a. M. wird uns intern 14. Dezember geschrieben: Da die Wahlen zum Gewerbegericht wie verlautet schon im Januar stattfinden sollen, so hat der hiesige Sozialdemokratische Verein in seiner gestrigen Mitgliederversammlung Stellung dazu genommen und die bestehende Agitationskommission beauftragt, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Der Verein beschloß ferner, nur solchen Kandidaten zuzustimmen, welche Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins sind. Jedoch wird der Kommission das Recht zugesprochen, auch solche Parteigenossen ausnahmsweise als Kandidaten vorzuschlagen, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des Vereins sein können. Die Versammlung sprach sodann darüber ihre Mißbilligung aus, daß man im vorigen Jahre die Arbeitslosen nicht mitwählen ließ, und forderte ganz entschieden, daß sämtliche hier wohnende Arbeitslose für den nächsten Gewerbegerichtswahl zugelassen werden.

Fortschritte der Organisation in Oesterreich. In der Zeit vom 1. bis 30. November sind folgende neue Organisationen gegründet worden: In Wien: Politischer Volksverein im XIV. Bezirk; Les- und Diskussionsklub 'Wahrheit' im XVII. Bezirk. In Böhmen: Arbeiter-Fortbildungverein für beide Geschlechter in Wodanbach; Arbeiterverein 'Omnia' in Bräz; Politischer Verein 'Volksfreund' in Duz; Les- und Gesangverein 'Eintracht' in Kremusch; Leserverein 'Eintracht' in Oschitz; Politischer Arbeiterverein in Pilsen; Arbeiterbildungs- und Gesangverein für beide Geschlechter in Teplitz. In Schlesien: Gewerkschaftsverein städtischer beim Hutmacher- und dessen verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Troppau.

Die dänische Sozialdemokratie hat, wie die Münchener Post mittheilt, einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen. Gelegentlich einer 1888 zu Kopenhagen stattgehabten Landesversammlung forderten sich 25 ländliche Vertreter ab und bildeten eine eigene Partei unter dem Namen 'Dänischer Arbeiterbund'. Unter der Leitung des Gutbesizers Kasmussen ging dieser zwar nicht direkt in der bürgerlichen Wahlen auf, lehnte sich aber stark an diese an. Während der letzten Jahre ist nun im 'Dänischen Arbeiterbund' eine erfreuliche Entwicklung eingetreten. Kasmussen ist ausgeschieden, und man hat das alte Ideal einer 'Selbständigmachung der Landarbeiter auf Auergeräten' aufgegeben und fordert statt dessen, daß die Gemeinden das Land enteignen und an die Landarbeiter verpackten, sowie daß der Staat durch eine auf die Steigerung der Güterwerthe zu legenden Steuer den Landarbeitern die nötigen Betriebsmittel verschaffen solle. Insbesondere aber erklärt man die Errichtung von ländlichen Fachvereinen zum Kampfe gegen die Gutbesitzer als eine Hauptaufgabe. Unter diesen Umständen verminderte sich allmählich der Gegensatz zur Sozialdemokratie soweit, daß jüngst der zum 'Dänischen Arbeiterbund' gehörige Arbeiterverein von Lynderden während einer Versammlung einberief, zu welcher er seinen Vorsitzenden Linderberg und den Sozialdemokraten Typsen Döngjörg einlud. Die Auseinandersetzungen dieser beiden Männer führten nun zu dem erfreulichen Ergebnis, daß ein Grund zu einem fortgesetzten Streit zwischen den beiden Parteien nicht vorhanden sei, vielmehr der Kampf um das Lohnsystem beide wirksam verbinde. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen des Inhalts: 'Es sei darauf hinzuwirken, daß der Arbeiterbund und Sozialdemokratie mit einander zur Förderung der ländlichen Fachorganisation Hand in Hand gehen.' Mit der Durchführung dieses Beschlusses wird der dänischen Sozialdemokratie wieder ein Hindernis ihrer Weiterentwicklung aus dem Wege geräumt.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung des Polizeikommandanten Zimmerbeul hat der Redakteur der 'Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung', Dr. Diederich in Dortmund, 300 M. zu zahlen oder 90 Tage Gefängniß zu verbüßen. Die Verleumdung soll in einer Notiz jenes Blattes enthalten sein, in welcher ein auf der Zeche 'Helena' bei Witten vorgelommener Krawall geschildert ist. Bemerk sei noch, daß der Staatsanwalt nur 100 M. Geldstrafe beantragt hatte, und daß, wie die 'Rheinisch-Westf.' mittheilt, unter den als Zeugen geladenen Bediensteten eine merkwürdige Unsiherheit in der Kenntniß der Arbeitsordnung der Zeche 'Helena' zu Tage trat.

— Wegen Verleumdung des Landgerichtsdirektors Schmidt in Breslau wurde Genosse Karl Thiel, Redakteur der 'Volkswacht', zu 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängniß beantragt.

— Genosse Markus in Esfurt hatte gegen die polizeiliche Verweigerung der Erlaubniß, auf dem Friedrich Wilhelm-Platz eine Volksversammlung abhalten zu dürfen, beim Regierungspräsidenten von Braunschweig Beschwerde geführt. Der genannte Beamte verwies die Beschwerde, wie das bei Volksversammlungen, die im Freien abgehalten werden sollen, in der Provinz und dem Königreich Sachsen sowie allen den Kleinstaaten, die das Wort

Sachsen im Namen führen, bekanntlich zum Brauch geworden. Als 'Grund' führte der Regierungspräsident in seinem Entschieden an den Genossen Markus an, es würde nicht zu verhindern gewesen sein, daß sich an der Versammlung nicht nur wahlberechtigte städtische Bürger, sondern auch andere Elemente, insbesondere unruhige Burden pp., wie sie sich gerade in der Nähe des erwähnten Platzes mit Vorliebe aufhalten pflegen, betheiligt hätten. Es müßte deshalb mit Recht befürchtet werden, daß es gelegentlich dieser Versammlung leicht zu Ausschreitungen durch Lärm, Schlägerei u. s. w. kommen würde, welche eine Störung der öffentlichen Ordnung um so mehr dargelegt hätten, als derselbe für die Versammlung in Aussicht genommene Tag ein Sonntag war und Sie selbst ein eifriges Mitglied der Sozialdemokratie sind.

— Genosse Adolf Thiele in Burgen bekam, wie die Burgstädter 'Volkstimme' meldet, den endgiltigen Befehl zum Eintritt der wegen Verleumdung des sächsischen Landtags über ihn verhängten Strafe vorvergangenen Donnerstag Abend in der siebenten Stunde. Schon am nächsten Morgen, früh 1/9 Uhr, mußte der Straftritt erfolgen!

— Infolge einer Anzeige des Wachtmeisters Jeller in Apolda hatte der dortige Genosse A. Vaudert eine Strafverfügung erhalten, weil das anlässlich des letzten Thüringer Parteitagess stattgehabte Tanzvergnügen anstatt bis 12 Uhr bis 1/2 Uhr gedauert und Vaudert nicht rechtzeitig Feierabend geboten haben sollte. Auf Grund der Beweisannahme erkannte das Schöffengericht, bei welchem Vaudert Einspruch erhoben hatte, auf Freisprechung. Derselbe Genosse war im September vom Apoldaer Schöffengericht zu 3 M. Strafe event. 1 Tag Haft und den Kosten verurtheilt worden, weil er laut eidlicher Aussage des Wachtmeisters Jeller am 31. Juli aus einem Hause eine rothe Fahne heraustrückte haben sollte. Da das Schöffengericht den Entlassungszeugen nicht verurtheilt hatte, beantragte Vaudert in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Weimar die Verurtheilung dieses Zeugen. Diesem Antrage widersprach, wie die Apoldaer 'Freie Presse' berichtet, der Staatsanwalt Heydenreich mit den Worten: 'Meine Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß der Zeuge ein Parteigenosse des Angeklagten ist.' Hierauf erwiderte der Angeklagte: 'Ich protestiere gegen die Verleumdung seitens des Herrn Staatsanwalts.' Nachdem von letzterem und dem Vorsitzenden bemerkt worden war, daß dies für den Angeklagten keine Verleumdung sein solle, sondern viel eher für den Zeugen eine solche sein könne, erklärte Vaudert, die Verurtheilung des Staatsanwalts für eine Verleumdung der Partei anzusehen, welcher er angehöre. Der Gerichtshof sah indeß von der Verurtheilung des Zeugen ab. Das Urtheil lautete auf kostenlose Freisprechung Vauderts.

### Communales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben folgenden Antrag gestellt:

**Antrag.**  
Die Versammlung wolle beschließen:  
Um der in immer größerem Umfange hervorretretenden Arbeitslosigkeit und dem sich hieraus ergebenden Nothstand der Arbeiter nach Möglichkeit zu steuern, ersucht die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat:

- 1. Die Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben — Straßenreinigung, Park- und Gartenverwaltung, Wasserwerke, Kanalisation, Gasanstalt u. s. w. — beschäftigten Arbeiter auf acht Stunden täglich festzusetzen und die hierdurch erforderlich werdende größere Anzahl von Arbeitern einzustellen.
- 2. Die Hafenbau-Anlage am Urban, den noch nicht in Angriff genommenen Theil der Wasserwerke am Raggelsee, sowie andere städtische Erdarbeiten schleunigst vornehmen zu lassen.
- 3. Die zur vollständigen Durchföhrung der Kanalisation erforderlichen Arbeiten in Angriff zu nehmen.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 15. Dezember, Nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Struß zeigt Verlängerung seines bis zum 22. d. M. währenden Urlaubs an.

Zum Bürgermeister wird Rechtsanwalt Rixschner in Breslau mit 90 von 117 gültigen Stimmen gewählt; 23 St. fallen auf Stadtrat Mendring, 2 auf Stadtyndikus Obery. 2 Stimmzettel sind unbeschrieben.  
Zum beurlaubten Stadtrat an Stelle des Stadtraths Schreiner wird Magistratsassessor Bohm gewählt. Derselbe erhält von 107 Stimmen 102, während 2 auf Magistratsassessor Freund entfallen und 3 zerplittern. 11 Stimmzettel sind unbeschrieben.  
Zur Verhandlung steht zunächst der Ausschussbericht über den Antrag des Stadts. Dr. Jabel betr. die Umgestaltung der städtischen Heimstätte für gesunde Wöchnerinnen in Blankenfelde.

Der Antrag Jabel lautet:  
Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, derzufolge die städtische Heimstätte für gesunde Wöchnerinnen in eine Anstalt umgestaltet wird, in welcher durch Schwangerschaft erwerbsfähige und unterstützungsbedürftige Frauen aufgenommen und bis nach der Entbindung und völligen Wiedherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit unentgeltlich verpflichtet werden.  
Im Laufe der Erörterung im Ausschuss brachte der Antragsteller den Antrag in folgender modificirter Form ein:  
Der Ausschuss schlägt die Errichtung zweier im Oben und Söden gelegener städtischer Entbindungsanstalten vor. Dieselben sind wenigstens äußerlich streng von den Krankenhäusern zu trennen, dagegen in geeigneter Weise mit der Heimstätte in Blankenfelde zu verbinden.

Letztere soll (als Wöchnerinnen- und Säuglingsheim) in erster Reihe die aus den Entbindungsanstalten kommenden gesunden Mütter mit ihren Säuglingen aufnehmen und während der Säuglingsperiode verpflegen, in zweiter Reihe denjenigen Schwangeren eine Zufluchtsstätte bieten, welche erwerbslos und unterarmsüßig geworden und deren Gesundheitszustand einen ländlichen Aufenthalt mit besonderer Pflege bedürftig.

Die Magistratsvertreter haben im Ausschusse die Erklärung wiederholt, daß der Magistrat die Verhältnisse der Heimstätte eingehend erwäge und wegen einer Umgestaltung, die sie lebensfähiger machen solle, sowie wegen Erweiterung der Aufnahmebezugsfläche eine Vorlage vorbereite, daß ferner im Anschluß an den Bau des vierten städtischen Krankenhauses die Errichtung einer städtischen Entbindungsanstalt in Aussicht genommen sei.  
Beide Anträge des Dr. Jabel sind von der Ausschussmehrheit als gänzlich unannehmbar bezeichnet worden, da sie weit über die Verpflichtungen der Stadtgemeinde hinausgingen und ein Bedürfnis zur Einführung derartiger Einrichtungen nicht anzuerkennen sei. Demgemäß schlägt der Ausschuss vor:  
In Erwägung, daß der Magistrat eine Vorlage vorbereitet zur Erweiterung der Aufnahmebestimmungen für die Heimstätte in Blankenfelde, und daß derselbe bei der Erbauung eines vierten städtischen Krankenhauses die Errichtung einer damit zu verbindenden Entbindungsanstalt denkt, über den Antrag Jabel zur Tagesordnung überzugehen.

Zu dem Vorschlagsantrage wird ein Amendement Meyer 1 eingebracht, wonach der zweite Erwägungsgrund dahin lautet:

solle, daß bei der Erbauung eines vierten städtischen Krankenhauses die Frage, ob damit eine Entbindungsanstalt zu verbinden sei, eingehender Erörterung unterliegen wird!

Stadts. Dr. Jabel: Der Ausschuss hat meine Anträge als unannehmbar bezeichnet. Ich hatte bloß die Pflicht, Ihnen den Nothstand zu zeigen und durfte von Ihnen die Formulierung der Anträge zur Rückhilfe verlangen. Das ist ja überhaupt die Aufgabe unserer Partei, hier auf Uebelstände hinzuweisen und Ihnen die Abhilfe zu überlassen. Denn unsere Ziele können in Ihrer Gesellschaft nicht erreicht werden. In der Kommission hat man aber nichts getan, was hat sich auf eine Wiederholung früherer Erklärungen beschränkt. Da habe ich denn einen spezialisirten Antrag eingereicht. Von der Absicht des Magistrats, eine Entbindungsanstalt beim vierten Krankenhause einzurichten, ist zugegeben, daß eine Verpflichtung der Stadt vorliegt. An dem Streit, ob die allgemeine Verpflichtung dem Staate oder der Stadt obliegt, sind wir ja wenig interessiert. Die Entbindungsanstalt des Magistrats soll nun aber im Norden liegen, wo wir unsere beiden staatlichen Anstalten schon haben. Diese Anstalt dürfte demnach denn, was ich vor lange, kaum entsprechen; der Süden und Osten sind ihrer bedürftiger. Außerdem dauert doch der Bau des Krankenhauses noch eine Reihe von Jahren, und soll doch hier die Entbindungsanstalt nur als Pavillon eines Krankenhauses entstehen, was bei Fachmännern verwerfen. Ebenso wenig glaube ich, daß die vorgeschlagene Aenderung der Aufnahmebedingungen in absehbarer Zeit den gewünschten Erfolg haben wird. Verheiratete Frauen werden Sie in die Heimstätte nicht hinausbekommen; Sie müssen also das Wohl mit Unverheirateten füllen, und dann muß die Anstalt unentgeltlich sein, denn die unverheirateten Mütter haben eben nichts als ihr Kind und bedürfen der Unterstützung. Das Wohl muß also eine öffentliche Angelegenheit sein, kein Almosen sein; die Gesellschaft, die die Unentgeltlichkeit gewährt, muß sich bemühen, daß sie sich selbst damit den größtmöglichen Dienst leistet, da die kranken Frauen und die flecken Mütter schließlich immer ihrer Krankenpflege zur Last fallen. So möchte ich das Wohl in Blankenfelde gestalten, zu einem Säuglingsheim, wie es in Breslau vorhanden ist, das ausschließlich gesunde Mütter mit den Säuglingen an der Brust aufnimmt. Kommt es sich dort bisher nicht mehr entfalten, so liegt das daran, daß es mit beschränktem Mitteln als Privatanstalt arbeitet. — Die Geburts- und Sterblichkeitsziffern, die ich in der ersten Beratung vortrug, sind im Ausschusse einer kritischen Prüfung unterzogen worden, haben aber nicht erschüttert werden können. Die relative Sterblichkeitsziffer ist eine sehr hohe, namentlich die der Säuglinge; hier muß durch umfassende Maßregeln vorgebeugt werden. Die Geburtsziffer geht ebenfalls relativ zurück. Nichts Sie die Entbindungsanstalten und das Säuglingsheim ein, so finden Sie auch Platz und Beschäftigung für die erwerbslos und unterarmsüßig gewordenen Schwangeren, für welche ein ländlicher Aufenthalt nöthig ist. Von sozialistischen Dingen ist bei allem nicht die Rede. Was die heutige Gesellschaft leisten könnte, wenn sie wollte, zeigt ihr ein Antrag unserer sozialistischen Genossen, wonach jede Bürgerin der arbeitenden Klassen vom dritten Monat ihrer Schwangerschaft bis zum zwölften Monat noch der Entbindung von der Gesellschaft ernährt werden soll. (Große Heiterkeit.)

Stadts. Kalisch: Die Sterblichkeitsziffer nimmt in Berlin ab, die Geburtsziffer in den letzten Jahren wieder zu; die Gesundheitsverhältnisse Berlins sind also nicht so schlecht, wie Herr Jabel es darstellt. Nach den Mittheilungen des Magistrats ist der Antrag überflüssig.

Stadts. Jabel: Ich habe nur behauptet, daß die relative Ziffer der Todesfälle excessiv hoch ist; das ergeben die amtlichen Zahlen. Wenn in den bescheidenen Klassen die Sterblichkeit der nicht b's Mutterbrust erhaltenden Kinder an Darmkrankheiten 120 Mal so hoch ist wie in den wohlhabenden, so ist es doch eine Pflicht der Verwaltung, hier endlich eingzugreifen.

Der Ausschussantrag wird mit dem Amendement Meyer 1 angenommen.  
Auf den Beschluß der Versammlung vom 8. November, den Magistrat aufzufordern, die Frage der Errichtung höherer Mädchenschulen in gemischter Deputation zu beraten, hat der Magistrat ablehnend geantwortet. Bezüglich der Anfrage Osmann wegen Errichtung einer solchen Anstalt vor dem Halle'schen Thor bemerkt die Zuschrift, daß in den dort vorhandenen und in den benachbarten privaten höheren Mädchenschulen noch Raum genug — im Ganzen 1312 Plätze — sei. Im Allgemeinen geböre die Errichtung von Mädchenschulen nicht enterst in dem Maße wie die Errichtung von Knabenschulen zu den Aufgaben der städtischen Verwaltung.

Stadts. Selke beantragt, den Beschluß auf Einsetzung einer gemischten Deputation aufrecht zu erhalten. Er behauptet, daß die Stellungnahme des Magistrats zu der Frage nicht einwandfrei die Behauptung rechtfertige, daß der Magistrat die Mädchenschulen als Stiefkinder behandle; denn selbst das darin liegende geringe Maß von Neigung bringe er den Mädchenschulen nicht entgegen. Nicht die Ausnahme, sondern die Regel sollten doch die städtischen höheren Mädchenschulen sein. Hier stelle die städtische Fürsorge bisher in dem Grade, das nicht einmal das Maß der Ausbildung festgesetzt sei. Die Privatschulen entsprächen nicht den geringsten Anforderungen, keine Schulhöfe, keine Turnplätze, Stadschulrath Fürstena u; Magistrat und Schuldeputation sehen auf dem in der Vorlage bezeichneten Standpunkte. Gewiss haben die Privatschulen nicht so schöne Höfe und Spielplätze, wie die öffentlichen Schulen. Für den Unterricht der höheren Mädchenschulen besteht thatsächlich kein vorgefertigter Maß der Ausbildung. Für die Erziehung der Mädchen zu Frauen ist Sache der Eltern, nicht der Stadt. (Zurufe: Aber die Gelegenheit dazu!) Soweit es geht, kommt ja auch hier die Stadt dem Bedürfnis entgegen, und dem Stadttheil Noth, dem eben die zahlreichen Privatschulen des Stadttheils vor dem Halle'schen Thor mangeln, soll ja noch in diesem Etatjahre die erste Einrichtung einer städtischen höheren Mädchenschule im Theil werden. Die gebildeten Eltern schicken vorwiegend ihre Mädchen in die Privatschulen, selbst in die am jämmerlichsten ausgestatteten.

Auch beim Stadts. Scheiding hat die Vorlage, d. d. 10. abweisender Standpunkt, das größte Vertrauen hervorgerufen. Es sei sehr zweifelhaft, ob die Stadt ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen sei. In den Privatschulen fehle die strenge Disziplin (Widerspruch); das Interesse der Vorneher und Lehrerinnen komme da oftmals mit der Uebung der Disziplin in Kollision.

Stadts. Gerkenberg: Die Bildung unserer Mädchen habe seit Jahrhunderten in privaten Händen gelegen und eine gute Resultate gezeigt. An sich habe dieser Privatunterricht eine oberflächliche Bildung zur Folge. Auch für die Behauptung, die Disziplin werde in Privatschulen vernachlässigt, sei der Beweis nicht erbracht. Einen generellen Plan zur Gründung höherer Mädchenschulen halte er für sehr bedenklich, auch wegen der Noth. In den besseren höheren Privatschulen seien auch wie in den städtischen akademisch gebildete Lehrer thätig.

Stadtschreiner betont als Vorsitzender der Schuldeputation, daß ein einseitiger Beschluß der Versammlung diesem Moment nicht rathsam sei. Die Privatschulen gelte dem Magistrat als unentbehrlicher Faktor schon deshalb, weil gebildete Eltern der engen Umgang ihrer Töchter mit dem ober jedem Stände der öffentlichen Schule unangenehm sei (hört, hört!) und Unruhe die Schulen seien auch nicht ohne Aussicht. Vorhandene Mädchen möge man im einzelnen bezeichnen.

Stadts. Cassel: Ob die Schulen gut oder schlecht seien, kann die hier vorliegende Frage nicht entscheiden. Wir müßten ja gar keine Beschlüsse fassen, sondern in gemischter Deputation beraten. Bewiesen ist auch von den Argumenten des Stadtschreiner nichts. Der frühere Stadtschulrath Hoffmann, jetziger Direktor des grauen Klosters, hat schon 1875 zwei Mädchen-Schulen mehr vorgeschlagen, als heute vorhanden seien.

Der Antrag Sells wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Geman angenommen, wonach ein besonderer Ausschuss von 15 Personen zur Erörterung der Frage niedergesetzt werden soll. Der Magistrat legt das Verzeichnis der zur Neu- und Umpflasterung für das Stadtjahr 1893/94 in Aussicht genommenen öffentlichen Straßen und Plätze vor. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Auf dem Grundstück Spenerstr. 4 sollen mehrtägige Räume zur provisorischen Unterbringung der neuen höheren Mädchenschule in Moabit beschafft werden. Stadtr. Riemer beantragt die Ablehnung der Vorlage, da die anzumietenden Räume viel zu dunkel und überhaupt ungeeignet seien, auch die Anlage der Bedürfnisanstalt viel zu wünschenswert sei. Stadtrath de Mose entgegnet, daß in denselben Räumen vier Jahre lang Gemeindefrüher untergebracht gewesen seien. Andere Räume habe man in Moabit nicht bekommen, würden sie nicht genommen, so könne die Schule nicht sofort ins Leben getreten werden. Wenn die gerügten Uebelstände berant vorgehanden seien, so werde man eben dazu schreiten müssen, sie zu beseitigen. Stadtr. Singer hält dafür, daß dem Zeugnis eines Kollegen, der sich aus eigener Anschauung von den Zuständen unterrichtet habe, größeres Verth gebühre, als der Stadtrath ihm beilege. Wenn der proponirte Vertrag mit dem Vermithler an solchen Mängeln leide, so empfehle sich Ausschussberatung. Der gleiche Ansicht giebt Stadtr. H o l g e m u t h Ausschluß. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 5 Mitgliedern. Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz hat eine Abänderung des Regulativs für die Gemeindefrankenversicherung vom 29. November 1894 nöthig gemacht. Stadtr. Henke beantragt Ausschussberatung für die Vorlage. Der Entwurf treffe keine Vorzüge, daß Versicherungs-obligation, welche vielleicht schon 20 oder 25 Jahre einer Oris-frankenklasse angehört und für den Fall der Auflösung oder des Eingehens derselben auf die Gemeindefrankenversicherung verwiesen werden, die früher erworbenen Rechte gewahrt bleiben. Auch nehme das Regulativ auf den Todesfall keine Rücksicht, hier müßte eine Bestimmung eingefügt, in Bezug auf den ersten Vorbehalt die §§ 5, 10, 14 und 20 geändert werden. Der Antrag Henke wird angenommen; die Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern. Schluß 8 1/2 Uhr.

## Tokales.

Zur Verordnung über die Sonntagsruhe im Handels-gewerbe giebt der Polizeipräsident bekannt: Am letzten Sonntag vor Weihnachten darf die Beschäftigung der Geschäften, Lehrlinge und Arbeiter in allen Zweigen des Handels-gewerbes während des ganzen Tages bis um 10 Uhr Abends mit Ausschluß der für den Hauptgottesdienst beschlossenen Stunden stattfinden. Die Beschäftigung der Lehrlinge, Lehrlinge und Arbeiter ist am 1. Weihnachtstage im Betriebe des Handels mit Blumen außer den letzten beiden Stunden vor dem Beginn des Hauptgottesdienstes auch während der Zeit von 12 bis 9 Uhr Nachmittags zulässig. Die Vergünstigung der Verlängerung der Beschäftigungszeit bis 6 Uhr Abends findet für den Betrieb des Handels mit Blumen auch am Neujahrstag Anwendung. — Im Betriebe des Handels mit Blumen, der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Fest-tagen fortan statt von 7 bis 10 und 12 bis 2 Uhr während der Zeit von 8 bis 10 Uhr früh und von 12 bis 9 Uhr Nachmittags beschäftigt werden.

Am 31. Dezember d. J. verjähren folgende Forde-rungen aus dem Jahre 1890: 1. der Fabrikunternehmer, Kauf-leute, Krämer, Künstler und Handwerker für Waaren und Arbeiten, sowie der Apotheker für Arzneimittel, mit Ausnahme solcher Forforderungen, welche in Bezug auf den Gewerbebetrieb des Genußganges entstanden sind; 2. derselben Kategorien wegen der an ihre Arbeiter gegebenen Vorschüsse; 3. der Schul- und Er-ziehungskassen aller Art für Unterricht, Erziehung und Unter-halt; 4. der Lehrer für Honorar; 5. der Fabrikarbeiter, Gesellen, Tagelöhner und Handarbeiter wegen rückständigen Lohnes; 6. der Fuhrleute und Schiffer wegen Fuhrlohn und Frachtgelds sowie ihrer Auslagen; 7. der Gast- und Speisewirthe für Wohnung und Besichtigung. — Aus dem Jahre 1888 verjähren am 31. Dezember die Forforderungen: 1. der Kirchen, Geistlichen und Kirchenbeamten wegen Gebühren aus kirchlichen Handlungen; 2. der Kommissarien wegen öffentlichen Verkäufen, Anwälte, Notare, Medizinalpersonen etc. von Zeugen und Sachverständigen wegen ihrer Gebühren und Auslagen; 3. der Haus- und Wirtschaftsoffizianten, der Hand-lungsgehilfen und des Gefindes an Gehalt, Lohn und andern Bezügen; 4. der Lehrherren wegen des Lehrgelds; 5. der Näd-erhande verbungener Hosen, an Mieths- und Nachgeldern, Pen-sionen, Besoldungen, Alimerten, Renten etc.; 6. wegen der Rück-schüsse von Abgaben, die in Folge einer vom Staate besonders erteilten Berechtigung an Privatpersonen zu entrichten sind, als Verleihen, Brückengelder etc.; 7. auf Erstattung ausgelagerter Prosch-lösen von dem dazu verpflichteten Gegner; 8. auf Rückzahlung der von den Gerichten, Generalcommissionen, Revisionkollegien und Verwaltungsbehörden gar nicht oder zu wenig eingeforderten, aber auf Erstattung der an dieselben zu viel gezahlten Kosten, oder auf Einschluß der Stempel und Portogeldes; ausgenommen bleiben jedoch die Wertsteuern, welche mehr als 1 pCt. betragen oder zu Verträgen oder Schuldscheinen zu verwenden sind. — Aus dem Jahre 1891 verjähren am 31. Dezember 1891 nach § 55 der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz der Anspruch auf Eintrittsgeld und Beiträge zu Oris- und Betriebskrankenlassen. Unterbrochen wird die Verjährung durch die Zuhaltung der Klage oder des Zahlungsbefehls, oder wenn der Gläubiger seinen Schuldner zur Anerkennung der Schuld vor dem Schiedsmann oder vor demselben gegebenen Anerkenntnis oder ein vor-gerichtliches Urtheil.

Für das städtische Obdach wird wieder ein Mal an den Wohlthätigkeitssinn der Berliner appellirt. Um der Sache den nöthigen Nachdruck zu verleihen, ist folgender beweglicher Rufus erlassen worden:

Die gegenwärtig herrschenden trübseligen Verhältnisse werfen ihre Schatten auch auf das städtische Obdach. Die Zahl der Familien, welche in Folge der mangelnden Arbeit nicht einmal mehr im Stande sind, den erforderlichen Miethszins zu zahlen, bringen und daher das städtische Obdach aufsuchen, ist eine große und steigt an bedenkend zu wachsen. Ein nicht-unersichtlicher Theil der Obdachlosen besteht auch nicht die nö-thigen Kleiderstücke, die, besonders den Kin-dern im jüngerem Alter und den Säuglingen, gegen die Kälte, kalte Witterung Schutz gewähren. Die Summen aus städti-schen Mitteln reichen längst nicht aus. Die Wohlthätigkeit der Berliner wolle sich deshalb auch hier bewähren, wo es sich um unsere armen Mitbürger handelt. Kleiderstücke, Schuhwerk etc. nimmt der Inspektor des Obdachs, Herr Wandemer, in der Bröckelstraße, gern entgegen. Trübselige Verhältnisse, Folge mangelnder Arbeit, für Kinder und Säuglinge nicht die notwendigsten Kleiderstücke, wie ist es denn? Das läßt derlike Magistrat von Berlin nicht veröffentlicht, der weder einen Nothstand oder auch nur einen außergewöhnlichen Arbeitsmangel kennt? Das scheint uns denn doch eine kleine Inkonsequenz zu sein. Im rothen Hause thut man so, als ob ganz Berlin in Sans und Braun lebe und man regt sich gewaltig auf über die „übertriebenen“ Berichte der

sozialdemokratischen Presse. Wenn es sich aber darum handelt, für ein städtisches Institut den Kleiderbeutel herumgehen zu lassen, da nimmt man ohne Bedenken Zustuß zu den sozialdemokratischen „Phrasen“. In den Augen der Stadt-verwaltung sind es nämlich „Phrasen“, wenn in Berlin nicht alles gelobt wird über den grünen Klee, in Wirklichkeit aber sind die „Phrasen“ nichts weiter als ungeschminkte Thatfachen, die einzusehen freilich nicht jedermanns Sache ist.

Wenn es schon nicht mehr so weit reicht, den Kindern im jüngsten Alter und den Säuglingen die Kleiderstücke zu verschaffen, die notwendig sind, um sie vor der Winterkälte zu schützen, so meinen wir, daß man da vom Nothstand nicht mehr weit entfernt ist. Oder geht es zum Nothstand, daß wirklich erst ein paar der armen Berliner erlernen müssen? Wie glauben bestimmt, daß auch dann ein Nothstand noch immer abgelehnt werden würde, denn es könnte den „guten Kull“ der schönen Stadt Berlin schädigen, wenn man die Wahrheit sagt.

Die diesjährige Cholera-Epidemie hat nach der dem Reichstag übergebenen Denkschrift des Reichsanwalters in dem Gebiete des deutschen Reichs 8910 Todesfälle verursacht, davon entfallen auf das hamburgische Gebiet 7611. Die „Freie Jtg.“ macht nach folgende Mittheilungen: Auf die Einwohnerzahl be-rechnet, macht dies 1,22 pCt. Im preussischen Staatsgebiet sind 892 Personen verstorben, darunter 502 im Regierungsbezirk Schleswig, 116 im Regierungsbezirk Röhneburg, 90 im Regierungsbezirk Stade, 66 im Regierungsbezirk Stettin, 42 im Regierungsbezirk Potsdam, 16 im Regierungsbezirk Magdeburg, 15 im Stadtkreis Berlin, 12 im Regierungsbezirk Koblenz, 9 im Re-gierungsbezirk Frankfurt a. D., 7 im Regierungsbezirk Marien-wordev, 4 im Regierungsbezirk Hildesheim, je 3 im Regierungsbezirk Stralund und Wiesbaden, je 2 im Regierungsbezirk Osnabrück und Düsseldorf, und je 1 in den Re-gierungsbezirken Posen, Osnabrück und Hannover. Von den übrigen deutschen Staaten hatten Mecklenburg-Schwerin 49, Bremen 7, Mecklenburg-Streit 6, Sachsen 4, Lübeck 3 und Baden, Oldenburg, Braunschweig und Sachsen-Altenburg je 1 Todesfall. Die Epidemie hat hiernach hauptsächlich die Ge-biete, welche dem Staat Hamburg am nächsten liegen, ergriffen und abgesehen von einigen durch Verschleppung verursachten Fällen ist die Epidemie die Flüßläufe hinauf mit abnehmender Stärke verbreitet. Empfindlich berührt ist vor allem die Nachbarstadt Hamburgs, Altona mit 928 Todesfällen (allerdings nur 0,23 pCt. der Be-völkerung), ferner Wandsbeck mit 43, Lauenburg mit 25, Kiel und Rendsburg mit je 11 Todesfällen. Die auf dem linken Elbufer liegenden Kreise der Regierungsbezirk Stade und Lüne-burg waren eine Zeit lang stark in Mitleidenschaft gezogen. Auf Stadt und Kreis Harburg entfielen 102 Todesfälle, darunter allein 61 auf Wilsbergburg, das 8666 Ein-wohner zählt. Im Kreise Jork kamen 48 Todesfälle, im Kreise Reddingen 31 vor. Der Prozentfuß der Geforderten er-reichte in Neuenfelde, Kr. Jork, wo v. a. 1829 Einwohnern 21 starben, beinahe den Prozentfuß von Hamburg. Im Regierungsbezirk Stettin hatte die Stadt Stettin 17, die Stadt Nechermünde 11 Todesfälle; ferner entfielen 15 auf den Kreis Rantow, 6 auf den Kreis Greifenhagen und 7 auf den Kreis Uckermark mit Ausnahme der Kreisstadt; die übrigen 8 Todesfälle vertheilten sich auf 6 Kreise. In Mecklenburg-Schwerin hatten Vohsenburg mit 19 und Dönitz mit 5 Todesfällen die größte Zahl. Was die Todesfälle in der Provinz Brandenburg betrifft, so war am meisten betroffen der an der Elbe gelegene Kreis West-Prignitz, auf den 14 Todesfälle kommen, darunter allein 8 auf die Stadt Wittenberge. In Charlottenburg kamen 5, in Spandau 4, im Kreise Nieder-Barnim 4, Ober-Barnim 3, darunter 4 in Ebers-walde, West-Havelland 8 und Ost-Havelland 1 Todesfall vor. Ferner hatte noch der Kreis Königsberg i. Neum. 8, der Kreis Angermünde 4, der Kreis Templin 1 und die Stadt Landsberg ebenfalls 1 Todesfall.

Infolge der Erhöhung der Hundesteuer von 6 auf 20 Mark vom 1. October 1892 ab ist eine erhebliche Abnahme der Zahl der steuerpflichtigen Hunde konstatiert worden. Im Stadt-jahr 1891/92 wurden noch 35 176 versteuerte Hunde gezählt. Diese haben sich bereits vom 1. April bis Ende September bei dem noch alten Steuerfuß von 4,50 M. halbjährliche Steuer um 6390 auf 28 788 im ersten Steuerhalbjahre 1892/93 vermindert, wohl in Folge der bevorstehenden Erhöhung der Steuer. Zur Zeit sind nach dem Betrage der für den 1. October 1892 bis 31. März 1893 mit 10 M. für den Hund angeführten Steuer rund 20 500 steuerpflichtige Hunde vorhanden; demnach ist gegen das erste Steuerhalbjahr eine weitere Verminderung um etwa 2000 Hunde eingetreten. Indem nun das Kollegium diese fort-schreitende Abnahme der Zahl der Hunde in Rechnung zieht, hat es für das Stadtjahr 1893/94 eine weitere Abnahme der Zahl der Hunde um 1000 bis 1500 auf rund 20 000 angenommen und demgemäß, da jetzt die Steuer 20 M. für den Hund beträgt, die Hundsteuer auf 500 000 M. in Einnahme gestellt.

Soldatenselbstmord. Und wird geschrieben: Vor einigen Tagen, Morgens 5 Uhr, fand man in der Latrine der Kaserne hinter dem Viehhause einen Rekruten der 12. Kompagnie des Kaiser Alexander Garde-Grenadierregiments an der Gasleitung erhängt vor.

In der Bergstraße 26 ist in der verfloffenen Nacht die unter polizeilicher Kontrolle stehende Wittve Anna Werner geb. Fetting von dem 25jährigen Arbeiter Friedrich Heine er-mordet worden. Ueber die Einzelheiten der That wird gemeldet: In dem bezeichneten Hause, im Erdgeschoh, hat die Familie Koschmoeda eine kleine, aus zwei Zimmern bestehende Wohnung inne, in der die bereits wegen Knüttel bestrafte Frau Koschmoeda hederischen Frauenzimmern Absteigequartiere vermietet. Zu ihren Kundinnen gehörte die 38jährige Anna Werner, die in der verfloffenen Nacht in Begleitung eines unbekanntes gut gekleideten Mannes im Alter von ungefähr 26 Jahren in der Koschmoeda'schen Wohnung erschien. Kurz nach 1 Uhr betrat der Zu-hälter der Werner, der Väcker Carl Schönberg, der voraussichtlich gesehen hatte, wie die Person sich mit dem Unbekannten in das Haus begeben hatte, den Hof und stellte sich, wahrnehmlich in der Absicht, die Rückkehr der Werner abzuwarten, unter das Fenster der Koschmoeda'schen Wohnung. Bald hörte er im Zimmer einen Streit, er vernahm, wie Gegenstände zu Boden geworfen wurden, darauf düsterte und schließlich einen dumpfen Fall. Schönberg trat durch die merkwürdiger Weise nicht verschlossene Thüre in das Zimmer, in dem sich die Werner befand, und er-blickte sie auf dem Fußboden liegend. Neben ihr stand ein Mann, der gerade im Begriff war, die Lampe auszulöschen. Statt den Mann festzunehmen, ließ Schönberg fort, um einen Nachwächter zu holen. Er kehrte bald mit einem Nachwächter zurück und fand in der eben verlassenen Stube die Werner tot in einer Blutlache. Neben der Leiche standen Frau Koschmoeda und der Unbekannte, den niemand daran hätte hindern können, sich in der Zwischenzeit zu entfernen. Der Hals der Werner war bis auf die Wirbelsäule durchgeschnitten. Die Wunde reichte handbreit. Auf dem Fuß-boden lag ein neues blutbeflecktes Rasirmesser, mit dem die That offenbar verübt worden war. Der Fremde wurde festgenommen und machte auf der Wache zunächst ganz verwirrte Aussagen. Er behauptete, Bloßberg zu heißen, gab vor, einer höheren Be-stimmung folgend hederische Frauenzimmer ermorden zu müssen, und sagte, er habe bereits acht Dirnen den Hals abgeschritten. Bei dem Manne wurde ein Abgangsfuß gefunden, und auf Grund dieses Fingers ist festgestellt worden, daß der Mann Friedrich Heine heißt. Es wurde bei ihm auch ein gestern zur Veranschaulichung gelangtes Billet Eberswalde-Berlin vor-gefunden. Der Polizei ist es gelungen, den Bruder des Friedrich Heine zu ermitteln. Dieser erklärte, daß seine Eltern in Eisee, Kreis Angermünde, wohnen, wo sein Vater als Arbeiter in einer

Schneidemühle beschäftigt ist. Den Angaben seines Bruders zufolge ist Friedrich Heine im Jahre 1889 in Stralsund bei den Pionieren als Rekrut eingestellt worden. Vorher ist nie an ihm ein Anzeichen geistiger Störung bemerkt worden und auch in der Familie sind, so weit bekannt, keine Fälle von Geistes-frankheit vorgekommen. Nachdem Friedrich Heine 14 Tage gedient hatte, mußte er in die Irrenanstalt zu Landsberg a. H. übergeführt werden und wurde dort nach viermonatlicher Behandlung als geheilt entlassen. Er kehrte nach Eisee zu seinen Eltern zurück, führte sich dort musterhaft, arbeitete fleißig und verrieth keine Spur einer erneuten geistigen Störung. In hohem Grade beachtenswerth sind die Angaben, welche Friedrich Heine bei seiner zweiten Vernehmung gemacht hat. Wenn auch nicht vollkommen klar, sprach er jetzt doch zusammenhängend und ver-ständlich. Er sagte, daß er seit seiner Entlassung aus dem Militär-dienst gar kein Verlangen nach Verkehr gehabt habe, ob-gleich er in Eisee in Beziehungen zu einem Mädchen gestanden habe. Mit diesem Mädchen gemeinsam zu sterben, sei sein Wunsch gewesen. Gestern habe ihn ein unvorhersehlicher Drang erfaßt, von Hause fortzugehen. Er habe seine besten Sachen angezogen, seine sämtlichen Ersparnisse, 200 Mark, zu sich gefaßt und sei über Eberswalde nach Berlin ge-kommen, wo er um 10 Uhr Abends eingetroffen ist. In der Nähe des Stettiner Bahnhofes habe er, ohne einen Freund dafür anzufragen, den Drang verspürt, ein Rasirmesser zu kaufen. Daraus habe er sich in den Straßen herumgetrieben, bis er von einem Mädchen angesprochen sei. Dieser Person sei er in ihre Wohnung gefolgt. Er habe nicht die geringste Neigung verspürt, sich mit ihr einzulassen, aber plötzlich den Drang empfunden, Blut zu sehen. Am diesem Drang nachzugeben, habe er nach dem Rasirmesser gegriffen, das er unter ein Taschentuch auf den Tisch gelegt hatte, das Messer ge-faßt und seiner Begleiterin die Kehle durchgeschnitten. Daraus habe er seine Finger in das warme Blut getaucht und sei mit den feuchten Fingern über sein Hemd gefahren. Ueber den Verbleib der 200 M., die er angeblich bei sich gehabt hat, wußte Heine nichts zu sagen. Gefunden sind bei ihm nur 40 Pf., und er spricht die Vermutung aus, daß die Werner ihm das Geld gestohlen haben könnte. Ein Schanklokal hat er gestern seiner Vernehmung nach nicht besucht und seit zwei Tagen will er nichts gegessen haben. Die Vermutung, daß Heine mit dem Mörder der Wittve identisch sein könnte, liegt nahe, hat aber bis jetzt Bestätigung nicht erfahren. Die Beschreibung, welche von dem Mörder der Wittve entworfen worden ist, paßt auf Heine, doch haben Personen, welche jenen Mörder gesehen haben, erklärt, ihn nicht in Heine erkennen zu können. In der Unzurechnungs-fähigkeit des Mannes kann nicht gezweifelt werden. Allem An-schein nach hat man es hier mit einem Fall jener Perverosität zu thun, die von Psychiatern der modernen Schule, wie Prof. Kraft-Ebing, Dr. Noll u. a. mit der Bezeichnung Sabinismus belegt worden ist. Ueber die Person der Ermordeten will ein Lokal-berichterstatter folgendes in Erfahrung gebracht haben: Die W. ist im Juni 1857 in Berlin geboren und hatte eine gute Er-ziehung erhalten. Schon von Jugend auf zeigte sie Neigung zum Zeichenstudium, welches trotz aller Strenge der Eltern sich immer mehr mit den Jahren ausprägte. Mitte der 70er Jahre dients die W. in einem Haushalt in der Hofenthaler-strasse, wo sie Gelegenheit fand, die Bekanntschaft mehrerer Gäste eines in demselben Hause befindlichen Restaurants zu machen, und von dieser Zeit an ergab sie sich einem lieblichen Lebenswandel. Als Prostituirte lernte der Arbeiter Werner die Person im Jahre 1887 kennen, und seine Verhältnisse, die Dirne, welche übrigens schon wegen Diebstahls mit einem Jahre Gefängnis bestraft ist, zu verbessern, schien es von Erfolg gekrönt zu sein. Er heirathete das Mädchen, und das junge Paar nahm nun bei dem Süsswaier der Fetting, dem Stellmacher-meister Angel, Alt-Moabit 73, Wohnung. Nach acht-monatlicher Ehe starb Werner, und trotz Bitten der Eltern verzog die junge Wittve nach der Einmischung und nahm ihren früheren Lebenswandel wieder auf. Seit dieser Zeit (1888) war die Werner für die Jüngerin verschollen und erst heute früh erfuhr sie von dem Tode ihres Kindes durch die tele-graphische Meldung der Kriminalpolizei.

Marktpreise in Berlin am 14. Dezember, nach Ermitt-lungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 15,50—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,70 M., geringere von 14,60—14,30 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,50 M., mittlerer von 13,20—12,90 M., geringere von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,50—15,50 M., mittlere von 15,40—14,50 M., geringe von 14,40—13,50 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,30 M., mittlerer von 15,20—14,50 M., geringere von 14,50—13,90 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von 4,50—4,00 M. Heu per 100 Kg. von 7,50—5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rüb-fleisch von der Reule per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Wurstfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Hammel-fleisch per 1 Kg. von 1,50—0,80 M. Vette per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,20—2,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Nase von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,75 M. Schleie von 2,50—1,00 M. Hele von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 8,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 13. d. M., Nachmittags, fiel ein Heilen-hauer im Hause Adersfr. 81 von der Treppe und erlitt so schwere Verletzungen, daß er in der darauffolgenden Nacht verstarb. — Am 14. d. M., Morgens, versuchte ein Dienstmann in seiner Wohnung, in der Klosterstraße, sich mittels einer Lösung von Zudersäure zu vergiften und dann zu erhängen. Er wurde jedoch hieran verhindert und nach der Quartier gebracht. — Vor dem Hause Brunnensfr. 157 wurde ein 14jähriger Knabe beim Ab-steigen von einem Vierdehnbahnwagen durch einen vorüberkommenden Schlächterwagen überfahren und erlitt einen Krampfad, sowie Quetschungen beider Beine. — Mittags geriet ein Reifentourer auf in ihrer Wohnung, in der Annenstrasse, mit ihrem Ehemann in Streit und suchte ihn mittels eines Revolvers von weiteren Mißhandlungen zurückzuhalten. Hierbei entlud sich die Waffe, und wurde der Mann in die Seite getroffen, so daß er sich nach dem Kranken-hause begeben mußte. Die Frau wurde verhaftet. — Auf dem Schlossplatz, an der Ecke der Breitenstrasse, wurde Nach-mittags eine unbekanntes Frauenperson durch einen Rosswagen überfahren und so schwer am Kopfe verletzt, daß sie besinnungs-los liegen blieb. Sie wurde nach der Charite gebracht. — In der Dankeskirche geriet ein Schlosser unter die Räder einer Dresche und wurde an der Brust so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — Abends versuchte ein Kaufmann in der Wohnung seiner Eltern, in der Brunnensstrasse, sich zu erschießen. Er wurde schwer ver-letzt nach der Charite gebracht. — Auf der Jannowisbrücke wurde ein Almosenempfänger durch einen Rosswagen über-fahren und anschließend innerlich schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In seiner Wohnung, in der Gartenstrasse, versuchte ein Former sich mittels Jodtinktur zu vergiften. Nach Anwendung von Gegenmitteln erfolgte seine Ueberführung nach dem Lazarus-krankenhaus. — In der Nacht zum 15. d. M. wurde eine unter süßholzpölyelischer Aufsicht stehende Frauenperson in einem Ab-streig-Quartier, Bergstr. 36, mit einem tiefen Schnitt am Hals tödt aufgefunden, den ihr der anscheinend erst Nachmittags aus Eberswalde hier angelommene, 26 Jahre alte Arbeiter Heine mittels eines Rasirmessers beigebracht hat. Er hat die That an-scheinend im Wahnsinn vollbracht. — Am 13. d. M. fanden drei Brände statt.





Gold- und Silberwahrung.

Das Verlangen nach Einführung der Silberwahrung im Deutschen Reich bildet neben den Getreidezöllen, Schnapssteuern, Steuerbefreiungen, Beschränkungen der Freizügigkeit der Arbeiter u. s. w. einen Hauptpunkt der agrarischen Wünsche...

Zur Erklärung der schwierigen Frage ging der Vortragende auf die geschichtliche Entwicklung des Geldes zunächst ein. Es spielte im Anfang nur eine geringe Rolle, da es erst allmählich aus dem Tauschverkehr als Zwischenschlichtmittel entstand...

Die verarmende Wirkung des modernen Kapitalismus kommt an der Steigerung der Armenbudgets besonders deutlich zur Erscheinung. Während der Aufwand für die Armenpflege in Stuttgart Anfang der 70er Jahre noch mit etwa 50 000 M. jährlich zu berechnen war, werden wie die Frankf. Ztg. mittheilt, in bald 500 000 M. also das zehnfache, hierfür erforderlich sein...

Soziale Ueberlicht.

Aufruf an die Köche Deutschlands!

Kollegen! Ueberall wo wir hinkommen, sehen wir die Gewerkschaften sich enger aneinander schließen. Auch in unserem Gewerbe thut es Noth, Hand anzulegen, um eine Besserstellung unserer Lage herbeizuführen...

Rudolf Fiedler, Solmsstr. 54, Felgentreff, Mittelstr. 45.

Die verarmende Wirkung des modernen Kapitalismus kommt an der Steigerung der Armenbudgets besonders deutlich zur Erscheinung. Während der Aufwand für die Armenpflege in Stuttgart Anfang der 70er Jahre noch mit etwa 50 000 M. jährlich zu berechnen war, werden wie die Frankf. Ztg. mittheilt, in bald 500 000 M. also das zehnfache, hierfür erforderlich sein...

Weitere Nachrichten über den Nothstand liegen aus folgenden Orten vor: Die Stadt Heilbronn läßt Wege Hausfrauen, um wenigstens einem Theile der arbeitslosen Bevölkerung zu verschaffen. In Cannstatt müßte allein im November an 700 Personen Naturalerpehlung geleiht werden...

Aufhebung des Volksschulgeldes beschlossen die Gemeinden Karlsruhe, Dulsbach, Herzthal, Neisenbühl und Seelbach in Baden.

In Grünberg soll, wie die Proffauer „Volkswacht“ mittheilt, die Abriß-Auflage in einer dortigen Fabrik darin bestehen, daß in je einem der sehr primitiven Räume für Männer und Frauen ein langer Balken angebracht ist, der die Stelle der Stütze vertritt...

Moderne Atteste. Die Silberfelder „Krole Presse“ veröffentlicht folgendes, für seinen Aussteller jedenfalls charakteristische Zeugnis: „Der Schloffer p. v. von hier hat voriges Jahr einige Monate und dieses Jahr von Februar bis Mitte August bei mir gearbeitet...

Die galizische Bauernwanderung, schreibt der „Frankf. Volks-Zeitung“, verursacht ein paar hohen Herren einige Schmerzen. Besonders die galizischen Landjunker erfüllt es mit Mitleidlichkeit und Bangen, daß die billigen Arbeitskräfte, die sich für einen Schandlohn nach Dergenzlust ausbreiten lassen...

es nicht schlecht geht und die nicht begreifen können, daß der galizische Bauer es nicht angenehm findet, auf dem Boden der lieben Heimath für das Landjunkerthum weiter zu frohnden und dabei in aller Gemüthlichkeit zu verhungern. Die Aktion des Landesauschusses zur Ermittlung der Ursache der Auswanderung hat bis jetzt noch kein greifbares Resultat ergeben...

Diese Epistel können sich auch die Großgrundbesitzer Deutschlands hinter ihre langen und schwerhörigen Ohren schreiben.

In Prag findet am 25. und 26. Dezember ein Mühlenarbeiterkongress statt. Derselbe ist von der Redaktion des schlesischen Mühlenarbeiter-Fachblattes „Oborny casopis delnicov mylnarskeho“ (Prag-Zizkov, Karl-gasse 575) einberufen...

Der Streik der Arbeiter der Carnegie'schen Fabriken zu Homestead hat, nach bürgerlichen Angaben, den Eigentümern, den Arbeitern und dem Staate im Ganzen nicht weniger als 84 Mill. Doll. — 84 Mill. Mark gekostet. Der Lohnverlust beläuft sich auf 2 500 000 Doll., die dem Staate durch Heranziehung des Militärs erwachsenen Unkosten stellen sich auf 1 000 000 Doll. und der Verlust der Carnegie'schen Gesellschaft wird auf 5 000 000 Doll. angegeben...

Ueber die Salzergzeugung im deutschen Zollgebiet bringt der „Rhein-Anzeiger“ nach dem neuesten Vierteljahresbericht zur Statistik des deutschen Reichs folgende Angaben: Während des Etatsjahres 1891/92 waren 14 Salz-Bergwerke und 89 Salinen im Betriebe, die gleiche Zahl wie im Vorjahre. Erzeugt wurden 597 376 t Steinsalz (im Anhalt 103 974 t, in der Provinz Sachsen 183 669 t und in Württemberg 174 573 t) und 514 462 t Siedesalz, davon in der Provinz Sachsen 108 683 t, Hannover 95 838 t, Elsaß-Lothringen 58 801 t, Württemberg 46 117 t, Bayern 41 112 t, Thüringen 37 178 t, Westfalen 31 650 t, Baden 30 168 t, Posen 18 402, Anhalt 16 137 t und Baden 15 457 t. Ueber die Zollgrenze ausgeführt wurden 265 183 t Salz, darunter 214 736 t Steinsalz, das hauptsächlich nach Britisch-Indien, den Niederlanden, Belgien und Oesterreich ausgegangen ist...

Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Norwegen. Der Direktor des Statistischen Centralbureaus in Christiania hat als Beilage zu „Statsökonomisk Tidsskrift for 1892“ ein Heft herausgegeben, in welchem er eine Uebersicht über die ökonomischen Verhältnisse der Bewohner Norwegens zu geben versucht. Der Verfasser schätzt das ganze Nationalvermögen auf etwas über 2250 Millionen Kronen und das gesammte Nationaleinkommen auf zwischen 500 und 600 Millionen Kronen. Das Durchschnittseinkommen in den verschiedenen Lebensstellungen beträgt nach seinen Untersuchungen: höhere Beamte in den Städten 4600 Kronen (3800 Kronen in den Landstädten), staatliche Unterbeamte 1300 Kronen, Kommunalbeamte in den Städten 1400 Kronen (800 Kronen), Advokaten 5000 Kronen (3000 Kronen), praktische Aerzte 5000 Kronen (3200 Kronen), Schulvorsteher eigener Schulen und selbstständig thätige Lehrer 2000 Kronen (1200 Kronen), Hofbesitzer 900 bis 1000 Kronen, Hofpächter 600 bis 700 Kronen, landwirtschaftliche Verwalter und Forstarbeiter 600 Kronen, landwirtschaftliche Tagelöhner und Forstarbeiter 300 bis 400 Kronen, landwirtschaftliches Gesinde 300 Kronen, Fabrikbesitzer 3000 Kronen (2000 Kronen), Kaufleute 6000 Kronen (2000 Kronen), Schiffsbefehrer 10 000 Kronen (3000 Kronen), Kleinbändler 800—1200 Kronen, Agenten, Makler, Expedienten u. s. w. 5000 Kronen (2000 Kronen), Handelskommiss 600—1000 Kronen, Werksmeister in Fabriken 1600 bis 2000 Kronen, selbständige Handwerker 1200 Kronen (500 Kronen), Gesellen 600 Kronen, Bergwerks- und Fabrikarbeiter 700 Kronen (300 Kronen), Matrosen 500—600 Kronen, Wege- und Eisenbahn-Arbeiter 500 Kronen (400 Kronen), Tagelöhner 400 Kronen (300 Kronen), Näherinnen, Weberinnen u. s. w. 360 Kronen (250 Kronen), Fabrikarbeiterinnen 300 Kronen (250 Kronen), Tagelöhnerinnen 280 Kronen (220 Kronen) und Dienstmädchen 300—350 Kronen (200—250 Kronen). (Rhein-Anzeiger.)

**Verlag des „Vorwärts“**  
Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

# Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften

Neue Gesamtausgabe.

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozial-  
demokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein.**  
Vollständig in 3 Bänden.

Erseheint in 45-50 (14tägigen) Lieferungen à M. -20  
Bereits erschienen:  
Band I: in Zeilen gebunden M. 3.-  
- in Halbfrz. gebunden (Leihhabereinband) M. 4.-  
Band II: in Zeilen gebunden M. 4.50  
- in Halbfrz. gebunden (Leihhabereinband) M. 5.50  
Einbanddecken in braunem Zeilen: für Bd. I. und II.  
à M. 0.50  
- in Halbfrz. (Leihhabereinb.) für Bd. I. u. II. à M. 1.20

Der Herausgeber schickt dem Werke eine interessante kritisch-biographische Einleitung voraus: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, die auch eine Fülle neuer Quellenmaterialien enthält. In Form von Vorbermerkungen oder kritischen Randnoten zu den einzelnen Broschüren präzisiert der Herausgeber den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser verandert ist, oder erleichtert das historische und politische Verständnis der Materie. Die einzelnen Broschüren folgen nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern nach ihrer inneren Zusammenhangs-geordnet. Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Im Anschluss an die Ausgabe wird der Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx-Engels folgen. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

### Einzelausgaben:

**Meine Absenrede**, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben M. -40

**Fichte's politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart.** Ein Brief. M. -15

**Gottbold Ephraim Lessing** vom kulturhistorischen Standpunkt. M. -15

**Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgedankens.** Festrede gehalten bei der am 19. Mai 1862 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissenschaftlichen Kunstverein veranstalteten Festsesseler. M. -15

**Ueber Verfassungswesen.** Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. - Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. - Macht und Recht. Ein offenes Sendschreiben Ferd. Lassalle's. M. -35

**Arbeiterprogramm.** Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterbundes. M. -15

**Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage: Die bittlosen Massen zum Hass und zur Verachtung gegen die Bestehenden öffentlich angereizt zu haben. M. -30

**Der Lassalle'sche Kriminalprozess.** II. u. III. Zweites Heft: Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Bericht. Drittes Heft: Das Urteil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rectification bearbeitet M. -50

**Offenes Antwortschreiben an das Centralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig.** 5. Aufl. M. -10

Mit diesen Schreiben eröffnete Lassalle die Agitation zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei.

**Zur Arbeiterfrage.** Rede bei der am 16. April 1863 in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. Nach Briefen Prof. Büttke's und Gotthar Bucher's. M. -10

**Arbeiterselbsthülfe.** Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am 17. und 19. Mai 1863. Nach dem stenographischen Bericht. M. -25

**kleine Aufsätze:** Die französischen Nationalwerkstätten von 1848. Antwort an Herrn Professor Rau, Lassalle und die Statistik von Wadernagel. Herr Wadernagel oder der moderne Heraklitos. Erwiderung auf eine Rezension der „Neuzzeitung“. M. -15

**Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag.** Drei Symptom des öffentlichen Geistes. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf. M. -25

**Rede vor der korrekcionellen Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864.** Verteidigungsrede gegen die Anklage, verschiedene Klassen der Bevölkerung zum Hass und zur Verachtung öffentlich angereizt zu haben. M. -10

**Der Hochverraths-Prozess wider Ferdinand Lassalle vor dem Staatsgerichtshof zu Berlin am 12. März 1864.** Nach dem stenographischen Bericht. M. -40

**Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und das Versprechen des Königs von Preussen.** Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Ronsdorf am 22. Mai 1864. M. -25

Als Agitationschriften haben die Lassalle'schen Broschüren ihre faszinierende Wirkung behalten; wie vor 30 Jahren begeistern sie noch heute die Leser und in populärer, fesselnder Behandlung des spärlichen ökonomischen oder geschichts-philosophischen Stoffes sind sie unerreicht geblieben.

**Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker mit Scherzscholien.** M. -75

Die Anmerkungen des „Scherzweibes“ in dieser literarischen Hinzurichtung des bürgerlichen Mode-Literaten entstammen bekanntlich aus der Feder der späteren „Gezellen“ Gotthar Bucher!

**Franz von Sickingen.** Eine historische Tragödie. 2. Aufl. M. 2.-

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Bei Bestellungen von Auserhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra). 400/1

**Zu Gunsten der gemäßigten Arbeiter-Redaktion**  
findet am Sonntag, den 17. Dezember, in den Concordia-Hallen, Andreasstraße 64, eine

## Abend-Unterhaltung,

bestehend aus **Instrumental- u. Vokal-Konzert**, ausgeführt von Berufsmusikern und den Gesangsvereinen „Berliner Buchdrucker“, „Kreuzberger Harmonie“ und „St. Urban“, unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn Gutau, nebst Aufführung von **lebenden Bildern** aus einer Dichtung von H. Wiegandt, betitelt „Bilder aus der großen Revolution“. Die lebenden Bilder werden vom Verein für volkstümliche Kunst dargestellt werden.

Außerdem **Sanz.**  
Die Billets, welche zum Montag veranschlagt waren, behalten ihre volle Gültigkeit auch zu diesem Vergnügen. Dieselben sind zu haben in allen mit Billets belegten Handlungen, sowie beim Veranstalter.  
273/15 **Hermann Faber, Grünauerstr. 4.**

**Allgemeiner Unterstüßungsverein der Töpfer u. Berufsgeossen Deutschlands. (Zentrale Berlin.)**

**Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei Kuhlmei, Schönhauser Allee 28:**

## Versammlung.

Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Zentralausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.  
928/3 **Der Vorstand.**

**Verband der Sattler und Tapezierer.**

Zentrale Berlin.

## Versammlung

**Sonntag, den 17. Dez., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wisniewski, Alte Jakobstr. 68.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Soziale Streiftichter. Referent: Herr Zahnarzt Robert Wolf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
Herrn und Damen als Gäste sind herzlich willkommen.  
Weiter gelangen die Billets zu unserm am 21. Januar stattfindenden Radtennis zur Ausgabe. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.  
204/6 **Der Vorstand.**

**Verein d. Einsetzer (Tischler)**

Berlins und Umgegend.

**Am Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal von Köhlig, Neue Friedrichstraße 44:**

## Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl des gesamten Vorstandes. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
145/3 **Der Vorstand.**

**Fachv. d. Marmor- u. Granitarbeiter.**

**Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr:**

## Mitglieder-Versammlung

in Preussner's Lokal, Alte Jakobstraße 48a.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
260/4 **Der Vorstand.**

**Tischler-Verein.**

**Am Sonnabend, den 17. Dezember 1892, Abends 9 Uhr, Melchiorstrasse 15:**

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Wahl des gesamten Vorstandes für das Jahr 1893. Das Quittungsbuch legitimiert.  
981/7 **Der Vorstand.**

**Schöneberg.**

**Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter**  
Schönebergs und Umgegend.

**Am Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags präzise 1 1/2 Uhr, in Jakob's Salon, Grunewaldstraße Nr. 110:**

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen C. Behrend. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten. - Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
Nur Mitglieder haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
[121/8] **Der Vorstand.**

**Wilmersdorf.**

**Am Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, im Viktoria-Garten, Wilhelmsau Nr. 13-14:**

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Militärvorlage. Referent Albin Gerisch. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. - Zahlreichen Besuch erwartet  
840/19 **Der Vertrauensmann.**

**Genossenschafts-Bäckerei**  
für Berlin und Umgegend

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).  
Bis Sonnabend, den 17. d. M., ab ist in allen unseren Filialen

**feinstes Kuchenmehl** (Mischung best. Sorten)

**18 Pfennig per Pfund**  
zu haben.

Wir machen unsere Kundschaft auf diese günstigste Einkaufsgelegenheit besonders aufmerksam.

Außerdem nehmen unsere Filialen Bestellungen auf Kuchen jeder Art entgegen und stellen den geschäftigen Hausfrauen unsere Bäckereien zur gefälligen Benutzung gern zur Verfügung.

Unsere Filialbäckereien befinden sich:  
95/7

1. Müllerstraße 33a-34. 6. Manteuffelstraße 63.  
2. Gartenstraße 36. 7. Dieffenbachstraße 58a.  
3. Brunnenstraße 122a. 8. Hasenhaide 117-118.  
4. Prenzlauer Allee 35. 9. Plan-Ufer 16.  
5. Weidenweg 99. 10. Sörnerstraße 22.

**Der Vorstand:**  
Adolf Scholtz, Hugo Lazarus.

**Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.**

**Spezialität:** Porträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Zylinderknöpfen, Manschettenknöpfen, Stöcken, Broden, Büsten. **En gros. En détail.** 2274 L **B. Gönzel, jetzt Gothringerstr. 53, am Rosenthaler Thor.**

**Verband der Bauarbeiter u. Hilfsgeossen Deutschlands.**

**Zahlstelle Berlin.**  
Sonntag, d. 18. Dezemb., Vorm. 11 Uhr  
bei Söger, Grünauer Weg 29.

**Mitglieder-Versammlung.**

**Tagesordnung:**

1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag. 2. Freie Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen. Die ständigen Mitglieder werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

**Bruchbänder,**  
chirurg. Gummiwaaren, Gummi-Strümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc., Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt [22050] J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist, Berlin, 30 Linienstrasse 30. Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

**Mehlhandlung**

**L. Brachvogel,**  
Manteuffelstr. 75,

empfiehlt in nur besten Quantitäten:  
a Pfd. 1/2 Ctr. 1/4 Ctr. 1/8 Ctr.  
P. M. M. M.

Wienermehl . . . 22 1,90 2,60 3,20

Kaisermehl . . . 10 0,95 1,55 3,75

Feinstes Weizenmehl . . . 15 0,88 1,75 3,50

Feinstes Roggenmehl . . . 15 0,88 1,75 3,50

Prima-Sultaninen a Pf. 35 u. 50 Pf. große Rosinen 50 45

Sorinthen 40 Pf., Citronat 1,20 M., Mandeln, süße u. bittere, 1 M. Feinstes Cäpfahnenbutter 1,20 u. 1,50 M. 2593b

**Granat-Armbänder**

Das Stück nur 9 M. 75 Pf. (gegen 150 Pf. 20 M. Ladenpreis) herrliche reiche Ausstattung, nach geschlossener bildschöner Granat, à jour gefast, verkauft und versendet gegen Nachnahme oder Bar.

**Versandhaus Rigger,**  
Berlin, Neue Friedrichstr. 79, 1. Trepp.

Auf die Monatsnummer  
Donnerstag mit 10 Pct. Rabatt bei kleinen Einkäufen von 1 M. ab. Zunderwaaren, Margipan am besten und billigsten bei [3098] J. Sturm, Manteuffelstr. 75, an der Kochstraße.

J. Sturm (Zuh. Karl Weinhardt) Neue Köpenickerstr. 42.

Fr. Reinisch, Elfenbein- u. Gartenstraßen-Gde.

**Alte Stiefel** gr. Ausw., Reparatur u. Verl. reell u. billig. Genossen, seit Monaten liegt mein Mann ohne Unterstützung auf dem Krankenlager. Bitte mich im Bedarfsfalle durch obige Arbeit und Kauf zu unterstützen.  
654b **Runge, Naumannstr. 2.**

**Bitte, lesen Sie!**

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an

**Winter-Paletots,**

sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jacketts, Hosent, Westen re., (erner Stiefeln, Hüten, Wäsche, Betten, gold- u. silberne Perlen- und Damen-Uhren, Reise- und Gold-Koffern, Rauchschiffen, Damen-Modellen und Kleibern re. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in Alt- u. Neuz. Kauf alles am Auktions- und Verkaufsbüro daher im Stande, meine Kunden wirklich billig und reell zu bedienen.

**A. Wergien, Schneidermstr.,**

Partiwaarenhändler,  
Ghalikerstraße 127, geg. 1574.  
Bitte, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 8198.

Empfehle den Genossen, Freunden u. Bekannten mein Kartoffel- u. Gerstengeschäft. Zum Weihnachtsfest: Mehl, Nüsse, Richte u. Glasfäden in großer Auswahl Gustav Schnator, Gartenstr. 53.

**Kalbsteisch** von 40, 45, 50 Pf. à Pfd. Auguststr. 30a.

**Kinderwagen** Größtes Lager Berlin!  
Andreasstr. 23, D. 9.

**kleine Wohnungen** sehr

**sehr billig**

Erdmündersstr. 44 zu vermieten.

**Arbeitsmarkt.**

Bauunternehm. resp. Maurerpol. u. Gerätsh. zur sof. Ausfüh. v. Maurer- u. d. zweiter groß. Neubauten werd. abg. **Näh. b. C. Weber, Grunewaldstr. 141.** h. p., von 6-8 Uhr, Abends. [34988]